

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 419.]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

[Telephon Nr. 419]

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 50, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 1,60. Monatlich 55 Pfg. Postzeitungsliste Nr. 4069 a, 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 57.

Freitag, den 9. März 1900.

7. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

Deutscher Reichstag.

(Originalbericht des „Lüb. Volksbote“.)

Berlin, den 7. März 1900.

Eine sehr reichhaltige Tagesordnung war es, die heute dem Reichstage vorlag. Kein Wunder deshalb, daß er sie nicht gänzlich zu bewältigen verstanden hat.

Zwar die ersten Punkte der Tagesordnung verursachten dem hohen Hause wenig Kopfschmerzen. Ohne Debatte oder doch ohne wesentliche Debatte wurde die dritte Lesung des Gesetzentwurfs betr. die Konsulargerichtsbarkeit, sowie die zweite Lesung des Entwurfs einer Reichsschuldenordnung vorgenommen. Dagegen gab die zweite Beratung der endgültigen Uebersicht der Einnahmen und Ausgaben der afrikanischen Schutzgebiete unserem Genossen Wurm Veranlassung, im Namen der Rechnungscommission, als deren Berichterstatter er fungirte, eine größere und genauere Spezialisierung des Etats zu verlangen, als sie bisher beliebt worden ist. Die Abgeordneten Dasbach und selbst Professor Hasse, Vorsitzender der Rechnungscommission, schlossen sich dem Begehren an; namentlich der letztgenannte Abgeordnete fand überraschend scharfe Worte gegen die ständigen Etatsüberschreitungen, wie sie allmählich gang und gäbe geworden sind. Der Geheimrath v. König versuchte die Kolonialverwaltung, so gut es gehen wollte, reinzuwaschen und versprach Besserung für die Zukunft.

Der weitaus größte Theil der heutigen Sitzung wurde von der Beratung zweier Petitionen ausgefüllt.

Die Kommission hatte beantragt, über eine Petition zur Tagesordnung überzugehen, die, von Studentinnen der Medizin ausgehend, die Zulassung der genügend vorgebildeten Frauen zu allen Vorlesungen an den deutschen Universitäten fordert. Nach einer vorjährigen Verfügung des Bundesraths sind weibliche Ärzte, Zahnärzte und Apotheker zu den Staatsprüfungen zugelassen; ob sie Zutritt zu den Vorlesungen erhalten, hängt von dem Belieben des jeweiligen Professors ab. — Ein Antrag der freisinnigen Vereinigung (Ricker-Schrader) verlangte im Gegenzug zur Kommissionsmehrheit, die Petition an den Reichskanzler mit dem Ersuchen zu überweisen, auf dem Wege einer Vereinbarung unter den Bundesregierungen die Zulassung der mit dem Maturitätszeugniß versehenen Frauen zu allen Vorlesungen verfügen zu wollen.

Zu wiederholten Malen brach der Antragsteller, Schrader, eine Lanze für die Forderung, die, wie er mit Recht hervorhob, dem Recht und der Billigkeit nicht minder als den Bedürfnissen der modernen Entwicklung entspricht. Auf die eigentlich tiefen Probleme, die der „Frauenfrage“ zu Grunde liegen, einzugehen, begehrte der Wadenstrümpfer indessen keine Lust. Noch bequemer machte sich die Sache der nationalliberale Vicebürgermeister und Arzt Dr. Endemann: in vortheilhaftem Gegensatz zu zahlreichen Berufsgenossen erkannte er die Nothwendigkeit der Zulassung der Frauen zum medizinischen Studium an, aber von einer weitergehenden Emanzipation des anderen Geschlechts will er grundsätzlich nichts wissen. Als Partikularist und Reaktionsärzler zugleich bekämpfte Freiherr von Hertling den Antrag Schrader; die „von Gott gesetzte“ Naturgrenze zwischen Mann und Weib dürfe nicht verwischt werden, orakelte der Zentrumsprofessor mit tiefstimmiger Miene. Trotz alledem und alledem war ein gewisser Fortschritt in den Anschauungen selbst der Ultramontanen über die Frauenfrage nicht zu verkennen, wie Bebel konstatarie, der als der Einzige die Debatte auf ein höheres Niveau zu erheben suchte. Aber es folgte ihm Niemand; nur v. Hertling versuchte eine, noch dazu sehr schwache, Erwidmung. Der Antrag Schrader wurde abgelehnt, obwohl die ganze Linke, einschließlich der Nationalliberalen, für ihn stimmte. Nicht zur Erledigung gelangte die folgende Petition, welche die Wiedereinführung der Prügelstrafe für Rohheitsverbrechen fordert. Während die Kommission die „einfache Tagesordnung“ vorschlug, wollen die prügelbegeisterten Konservativen die Petition dem Reichskanzler als Material für Aenderung der Gesetzgebung überweisen. Knuten-Dertel — er accep-

tirte mit Stolz diesen Beinamen — pries die Prügelstrafe als unfehlbares Heilmittel gegen Rohheitsverbrechen! nur die „saioppe Humanität“ unserer Zeit sträube sich gegen die Anwendung der „ungebrannten Polkahe.“ Dr. Müller-Meinungen von den Freisinnigen und Basser mann von den Nationalliberalen führten den Prügelfreund gründlich ab. Abg. Gröber vom Zentrum verbeugte sich zwar tief vor den Stockfreunden, erklärte sich schließlich aber doch gegen den konservativen Antrag. Warum die Debatte über diesen Gegenstand zu Ende geführt werden wird, ist sehr fraglich. Morgen steht zunächst die zweite Lesung des Fleischbeschaugesetzes zur Beratung.

161. Sitzung, Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesrathstisch: Dr. v. Buchta, Freiherr v. Richterhofen.

Debatte wird der Gesetzentwurf über die Konsulargerichtsbarkeit in dritter Lesung en bloc angenommen.

Bei der nunmehr folgenden zweiten Beratung der endgültigen Uebersicht der Einnahmen und Ausgaben der afrikanischen Schutzgebiete verlangt Wurm (SD.) als Berichterstatter im Namen der Kommission für die Zukunft eine größere Spezialisierung.

Dasbach (Z.): Der Reichstag muß von der Gewohnheit abgehen, Etatsüberschreitungen ohne Weiteres zu genehmigen, dann werden sich auch die Beamten daran gewöhnen, sparsamer zu wirtschaften.

Dr. Hasse (NL.) theilt mit, daß die Rechnungscommission, deren Vorsitzender er ist, Geneigtheit gezeigt habe, die Indemnität zu verlegen. Jedenfalls sei es dringend nöthig, daß die zuständigen Behörden Wandel schaffen.

Geheimrath v. König erklärt, die Kolonialverwaltung werde sich bemühen, in Zukunft noch genauere Notirungen der einzelnen Titel vorzulegen.

Die Uebersicht wird bewilligt.

Desgleichen in zweiter Lesung der Entwurf einer Reichsschuldenordnung.

Es folgen Petitionen.

Eine Petition von den Studentinnen der Medizin bittet um Zulassung der Frauen zu den Staatsprüfungen bei den Universitäten. Die Kommission beantragt, über die Petition zur Tagesordnung überzugehen, da sie theils durch die Bundesrathsbeschlüsse vom 24. April 1899 erledigt, theils der Reichstag nicht zuständig sei. Dagegen beantragen die Abg. Ricker und Schrader (Fg.) die Petition dem Reichskanzler mit dem Ersuchen zu überweisen, eine Vereinbarung der verbündeten Regierungen herbeizuführen, durch welche die ordnungsmäßig vorbereiteten Frauen zu sämtlichen Universitätsvorlesungen zugelassen seien.

Schrader (Fg.): Es ist allerdings die Verfügung getroffen worden, daß weibliche Ärzte, Zahnärzte und Apotheker zu den Staatsprüfungen zugelassen werden sollen. Aber die Bestimmung, daß die Frauen, die das Maturitätszeugniß besitzen, zu den Vorlesungen zugelassen werden müssen, ist nicht getroffen, so daß die Frauen von dem guten Willen der einzelnen Professoren abhängen. Hier ist Aenderung dringend notwendig. Was ist mit gutem Beispiele vorangegangen. — Gerade zu dem medizinischen Studium müssen die Frauen — trotz der übrigens grundlosen Konkurrenz — zugelassen werden. Das war ja auch der Sinn jener Verfügung des Bundesraths. (Bravo! links.)

Dr. Endemann (NL.) tritt für die Annahme des Antrags Schrader ein, erklärt sich aber als Gegner der Frauenemanzipation, die man von der Frauenbildung trennen müsse.

Frhr. v. Hertling (Z.): Auf die Gefahr hin, als reaktionär verurtheilt zu werden, muß ich mich gegen den Antrag Schrader aussprechen. Erstens aus staatsrechtlichen Gründen, da ich eine derartige Erweiterung der Kompetenz des Reiches nicht wünsche. Was zweitens die Frauenemanzipation betrifft, so bin ich durchaus der Meinung, daß jenes alte Wort „Die Frau gehört ins Haus“ seine praktische Bedeutung verloren hat, bin daher auch durchaus nicht gegen eine Erhöhung der Frauenbildung. Aber was ich und was die große Mehrzahl meiner Freunde nicht wollen, das ist das schablonenhafte Einbringen der Frauen in alle möglichen Berufe. Wohl haben wir vieles fürzu sehen, was uns lieb und werth war, wie das alte patriarchalische Verhältnis zwischen Arbeiter und Arbeitgeber, ohne uns der Aenderung zu widersetzen, weil wir sie als nothwendig erkannt haben. Aber es giebt gewisse Grenzen, die die Natur, oder wie wir sagen, Gott abgesteckt hat und die wir nicht verrücken dürfen. Vielleicht, daß es sich empfiehlt, besondere Frauenuniversitäten zu gründen; aber von unseren Universitäten müssen wir die Frauen fernhalten, wie wir sie von unseren Gymnasien fernhalten. (Bravo! im Centrum.)

Schrader (Fg.): Mein Antrag geht keineswegs über die Kompetenz des Reiches hinaus; dagegen scheint es, als ob Bayern sich direkt gegen den Bundesrathsbeschluss auflehnt, indem dort die Erlaubniß des Professors als nicht ausreichend für den Vorlesungsbesuch der Frauen betrachtet wird. Besondere Frauen-Universitäten werden von den Frauen selbst abgelehnt. Nach den Ausführungen des Herrn Vorredners bleibt den Frauen kaum ein anderer Beruf zu ergreifen, als der der Fabrikarbeiterin. Wir müssen den Frauen ermöglichen, in alle Berufe einzutreten, die ihren Neigungen entsprechen. (Sehr richtig! links.)

Bebel (SD.): Es ist ein hartes Stück, wenn man von gewisser Seite dem Reichstag sogar unterzagen möchte, einen Wunsch zu ankern. Herr von Hertlings Rede sticht immerhin vortheilhaft ab von den Reden, wie sie vor 10-12 Jahren hier im Reichstage aus der Mitte seiner Partei erklangen. Damals wollten die Herren selbst von der hohen Erörterung der Berechtigung des Frauenstudiums nichts wissen. Jetzt hat die harte Nothwendigkeit die Männer, die damals so bachten und sprachen, gezwungen, wenigstens in etwas ihre Anschauungen zu ändern. Daß die Töchter hoher

Beamter, Gelehrter u. s. w. gezwungen werden, sich ihr Brod selbst zu verdienen, das ist Kern und Inhalt der Frauenfrage, in den höheren Ständen. In den Arbeiterkreisen bedeutet die Frauenfrage die ungeheure Zunahme der weiblichen Arbeitskräfte, die durch den Kampf um die Existenz in das gewerbliche Leben gedrängt werden. — Herr Hertling sprach von den unverrückbaren Grenzen, die die Natur gezogen habe. So, Sie ziehen die Grenze eben da, wo die Sache Ihnen und Ihren Parteigenossen unbequem zu werden anfängt. — Die sogenannte Naturgrenze vermißt sich sehr leicht. Denken Sie nur an die ständalösen Zustände in München, wo Frauen und Mädchen in einer jeder Sittlichkeit hohen sprechenden Kleidung als Bauarbeiter verwandt werden. — Die Frauenemanzipation hat durch das erzentrische Auftreten einiger ihrer Vertreterinnen einen unangenehmen Beigeschmack erhalten, aber in der Sache bedeutet die Emanzipation doch nur, daß der Frau, wie dem Manne die Möglichkeit gegeben werden soll, ihre Kräfte und Fähigkeiten frei zu entfalten. — Wenn Herr v. Hertling von dem höheren Prozentsatz der Krankheiten sprach, von dem, gegenüber den männlichen Postangestellten die weiblichen heimgeheuchelt sind, so vergißt er, daß eben die Frauen auch nicht zur Widerstandsfähigkeit erzogen, daß sie zum Theil auch schlechter ernährt werden, als die Männer. Der Mann bekommt die besten Bissen, gehen Sie z. B. in Arbeiterfamilien, da werden Sie finden, daß die Frau häufig gar nicht darnach fragt, ob sie was ordentliches zu essen bekommt. Und doch leistet die Frau viel mehr als der Mann. Wenn Sie jemals die Arbeitszeit verkürzen wollen, werden Sie den größten Widerstand bei den Arbeiterinnen finden. Sie (zum Centrum) wollen die Vorurtheile, die heute in den maßgebenden Männerkreisen bestehen, ansrecht erhalten. Wie lange Sie es noch können, ist eine andere Frage. Es soll die von der Natur oder von Gott gesetzte Grenze inne gehalten werden. Diese Grenze ist aber schon längst überschritten. Was in der Schweiz und in Amerika möglich war, wird auch bei uns möglich werden, Sie mögen machen, was Sie wollen. (Lebh. Weis. links.)

Frhr. v. Hertling (Z.): Die Frauen drängen sich immer mehr in die Berufe der Männer ein. Da wollen wir wenigstens nichts thun, um diese Bewegung noch zu beschleunigen. Ich habe weder auf Herrn Bebel noch auf die vorliegende Petition warten müssen, um zu wissen, welche Stellung ich in dieser Frage einzunehmen habe. Schon 1877 haben wir die Frauen von der Bauarbeit entfernen wollen. Mehr können doch die einzelnen Abgeordneten nicht thun. (Bravo! im Centrum.)

Bebel (SD.): Wir sind unserm Standpunkt treu geblieben, Sie (zum Centrum) haben sich durch die Entwidlung der Dinge allmählich eines Besseren belehren lassen müssen. Was die erwähnten Anträge betrifft, so würden wir heute uns gegen sie erklären, so lange nicht für die Deckung des Ausfalls am Verdienst der Arbeiterfamilien gesorgt wird. Herr v. Hertling meinte, mehr als Anträge stellen könne doch der Einzelne nicht. Aber er ist doch ein einflußreiches Mitglied der bayerischen Kammer, da könnte er doch schon manches durchsetzen. Wir sind eben für vollste Gleichberechtigung. Eine intelligente Frau kann sich besser zum Professor eignen, als ein Mann, der Professor wird, weil der Schwiegervater in einem hohen Reichthum sitzt. (Sehr richtig! und Heiterkeit.)

Hiermit schließt die Diskussion.

Der Antrag Schrader wird gegen die Stimmen der Freisinnigen, Sozialdemokraten und Nationalliberalen abgelehnt, der Kommissionsantrag angenommen.

Ueber eine Petition um Wiedereinführung der Prügelstrafe beantragt die Kommission ebenfalls zur Tagesordnung überzugehen.

Von dem Abg. Dr. Dertel (K.) und Genossen liegt ein Antrag vor, die Petition dem Reichskanzler als Material zur Gesetzgebung zu überweisen.

Dr. Dertel (K.): Unser Antrag ist schon damit begründet, daß die Kommission nur mit 11 gegen 8 Stimmen den Uebergang zur Tagesordnung beschloffen hat. Wir haben den Antrag gestellt, daß sich die Regierung bald recht eingehend mit der Frage befaßt. Man hat in dem Antrage etwas Besonderes gefunden; ein Blatt der äußersten Linken hat mich schon Knuten-Dertel genannt. (Heiterkeit.) Etwas Besonderes enthält der Antrag nicht. In England wird die Prügelstrafe mit gutem Erfolg der Abschreckung verwendet. Auch in sozialdemokratischen Blättern ist schon öfters, wenn es sich um die Noth eines Roubys in Glace-Handschuhen handelte, die Prügelstrafe empfohlen. Auch in sozialdemokratischen Häusern wird mitunter tüchtig geprügelt; ich erinnere nur an den Hünen unangenehmen Fall in Harburg. Natürlich wollen auch wir, die wir in gewissem Sinne Anhänger der Prügelstrafe sind, sie nur bei außerordentlichen Rohheitsverbrechen Platz greifen lassen. Wir halten aber die Prügelstrafe für das beste Abschreckungsmittel und das brauchen wir auch. Halten Sie denn für eine Nothheit eine mehmonatliche Gefängnißstrafe für eine Sühne? Da ist nur die Prügelstrafe eine angemessene Sühne. Fuld sagt, die Nahrung in den Gefängnissen ist besser, als sie sich der Arbeiter beschaffen kann. Die Gefängnißhaft verdirbt sicherlich die Zukunftsprognose noch mehr, besonders die jugendlichen. Messerheiden haben oft den Richtern für die Gefängnißstrafe gebaukt, die für sie eine Verjüngung bedeute. — Ich komme nun zu den Gründen gegen die Prügelstrafe. Man spricht von einer Verletzung des Ehrgefühls; das kann aber bei Rohheitsverbrechen gar nicht vorhanden sein. Die Prügelstrafe soll ferner die Gesundheit schädigen. Aber sagt dagegen ausdrücklich, daß das nicht der Fall ist. Sie soll verrohend auf den prägelnden Theil wirken. Tritt denn das bei den Eltern und Lehrern ein? Es bleibt als Gegengrund nur noch die Berufung auf die Humanität. Aber Humanität angewendet auf die Bestialität ist die größte Inhumanität. Fordern wir daher ein krautweles Einschreiten gegen der Rohheitsverbrechen, so versündigen wir uns nicht an der Kultur, sondern wir dienen ihr; wir handeln human im höchsten Sinne des Wortes. (Lebh. Bravo! rechts.)

Basser mann (NL.): Meine politischen Freunde stimmen dem Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung zu. Wir halten eine erneute Prüfung dieser Frage nicht für nöthig. Herr Dertel hat sich auf die prägelnden Lehrer berufen. Die allgemeine An-

licht geht dahin, daß die Lehrer, die oft prüfeln, nicht zu den besten gehören. (Sehr richtig! links) Was die Personen anlangt, die die Prügelstrafe ausführen sollen, so muß ich sagen, der Herr Reichthum über Gefellen, die gewerksmäßig Tag für Tag Prügel anstreifen. Herr Dertel meinte, auf eine Viehische That gehöre auch eine Viehische Strafe. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß der moderne Staat Viehische Strafen nicht verhängen darf. (Bravo! links.)

Dr. Müllerer-Meinigen (Fp.): Wenn man auch vielleicht in augenblicklicher Aufwallung eines Menschen wegen eines Mordvergehens Stockprügel wünscht, so wird man sich doch bei näherer Ueberlegung dieser Aufwallung schämen. Aus einem Buche, daß die Zustände in einem süddeutschen Buchhändler vor dem Jahre 1848 schildert, geht hervor, in welcher thierischer Weise die Prügelstrafe früher gehandhabt wurde und wie sie auch den Prügelnden und alle, die der Exekution etwa beizuhören, verrohete. Herr Dertel verwies auf England. Dieser Hinweis ist heute nicht sehr angebracht. England steht mit einem Fuß in der modernen Zeit, mit dem andern im Mittelalter. Auch in der Türkei besteht die Prügelstrafe. Dort können Weiber so lange gepeitscht werden, bis sie zum wahren Glauben zurückkehren. In Schweden, Dänemark und Norwegen ist die Prügelstrafe wieder abgelehnt. In unsern Kolonien soll nach der neulichen Erklärung des Herrn v. Buchla die Prügelstrafe abgeschafft werden und bei uns wollen die Herren sie wieder einführen. Treiben Sie eine vernünftige Sozialpolitik, vor allem eine gesunde Kriminalpolitik, verbessern Sie die Schulbildung, dadurch werden Sie mehr zur Hebung der Sittlichkeit thun, als durch Einführung der Prügelstrafe. (Lebh. Beifall links.)

Gröber (S.): Das preussische Strafgesetzbuch hat mit der Prügelstrafe aufgeräumt und kein Strafgesetzbuch ist gründlicher beraten worden, wie gerade dieses. In Montenegro wird die Prügelstrafe und sogar die Todesstrafe wegen Diebstahls verhängt, so viel ich weiß, wird aber in Montenegro noch immer recht tüchtig gestrichelt. (Große Heiterkeit.) Die Härte des Volksgesetzes der Prügelstrafe hängt von der Ruhe oder Erregung des Prügelmeisters ab, kein Strafmittel ist aber auch in seiner Wirkung so verschieden, wie die Prügelstrafe. Den Schwachen kann sie geradezu ruinieren. Dem Starken braucht sie nichts zu schaden. Einen guten Kern hat die Petition: das sind die Klagen über die Mangelhaftigkeit des Strafpolizuges. Dieser ist heute in Gefängnissen und Nachhausejahren ziemlich der gleiche. Es ist jetzt eine Strömung maßgebend, die den Schuldbegriff eliminieren will. Das Verantwortlichkeitsgefühl wird dabei viel zu gering eingeschätzt. Eliminiert man aber den Schuldbegriff, so muß man auch die Strafe eliminieren. Die Strafe muß als ein Uebel empfunden werden. Deshalb richte man einen Strafpolizug mit den nötigen Abstrichen ein, der diese Forderung auch wirklich erfüllt. Für die Prügelstrafe sind wir aber nicht zu haben. (Bravo! im Centrum.)

Hierauf verlegt sich das Haus.
Nächste Sitzung: Donnerstag 1 Uhr. (Zweite Beratung des Fleischchangenetzes.)
Schluß 5 1/2 Uhr.

Politische Wandlungen. Deutschland.

Nach einer Reichstagsauflösung, so schreibt die „Korresp. für Centrumsbül.“ ruft jetzt Niemand. „Der Grund liegt ohne Zweifel nicht darin, daß man der Annahme der Vorlage mit Hilfe des Zentrums sicher ist, sondern daß Niemand bei dem Gedanken an eine Auflösung recht wohl ist. Am wenigsten Neigung dafür ist wohl bei der Regierung vorhanden. Denn erstens ist es doch äußerst zweifelhaft, ob die Neuwahlen eine kottenstreunliche Mehrheit brächten, zweitens ist es gewiß, daß, wenn sie eine solche Mehrheit brächten, diese nach Erledigung der Flottenfrage für Niemand lästiger sein würde, als für die Regierung.“

Der deutsche Exporthandel fühlt sich durch die Beschlüsse der Reichstagskommission zum Fleischbeschaugesetz und die daraus resultierende Gefährdung der Handelsbeziehungen zu den Vereinigten Staaten stark benachteiligt. Nach dem Vorgange des Ausschusses des Deutschen Handelstages hat jetzt auch die Hamburger Handelskammer eine Petition an den Reichstag gerichtet, worin sie auf den großen Schaden hinweist, den die Beschlüsse der Fleischbeschaukommission nicht nur für Importeure, Häbderieen und Kleinhändler bedeuten. Die Interessen des gesamten überseeischen Handels und der gesamten Seeschiffahrt Deutschlands ständen auf dem Spiel. Das Zustandekommen des Handelsvertrages mit Amerika sei erschwert, Retorsionsmaßregeln seien zu erwarten mit verheerenden Wirkungen für die deutsche Häbderie; auch von Australien beziehungsweise England und Südamerika drohen Gegenmaßnahmen. Ferner entstehe eine empfindliche Schädigung der ärmeren Klassen, wodurch die Segnungen der sozialpolitischen Gesetzgebung mehr als ausgeglichen würden. Die gesundheitschädlichen Eigenschaften ausländischer Fleischwaaren seien bisher nicht einmal bekannt. Es wird daher die Ablehnung der Kommissionsbeschlüsse durch das Reichstagsplenum erbeten.

Berichter der Hamburg-Amerikanischen Postdampfschiffahrtsgesellschaft und des Norddeutschen Lloyd haben Dienstag dem Reichskanzler eine Eingabe beider Gesellschaften an den Bundesrath gegen die Fleischbeschaubeschlüsse überreicht.

Große Erregung giebt sich auch in der Textilindustrie kund, und besonders die Baumwollindustriellen besorgen, daß durch einen Zollkrieg mit den Vereinigten Staaten die von ihnen vertretene Branche in weitestem Umfange in Mitleidenschaft gezogen werden würde. Wie aus Fachkreisen verlautet, ist unter den Theilnehmern eine Agitation im Gange, deren Zweck es ist, sowohl beim Reichstag wie bei der Reichsregierung gegen die von der Regierungskommission gefassten Beschlüsse vorstellig zu werden, um deren endgültige Annahme im Reichstag oder im Bundesrath zu verhindern. Auch der Vorstand der Bremer Baumwollbörse soll sich diesem Vorhaben angeschlossen haben.

Auf die Beschlüsse der Fleischchangenetzkommissionen antwortet die Regierung der Vereinigten Staaten in einem „New-York-Telegramm“:

Da die Vereinigten Staaten ihrerseits stets betont haben, daß keine fremde Macht das Recht habe, Amerika bezüglich der in Betrachtung befindlichen Gesetze Vorschriften zu machen, so hat das amerikanische Staats-Departement es auch nicht für opportun gehalten, gegen das deutsche Fleischbeschau-Gesetz, so sehr dasselbe

auch in Amerika missfällt, Vorstellungen zu erheben. Indessen sammelt das Staats-Departement Informationen bezüglich der Befälligung deutscher Waaren und der unter dem deutschen Vieh herrschenden Krankheiten und das Ackerbau-Departement läßt die deutschen Weine analysieren.

Die Vereinigten Staaten bereiten sich also vor, ein etwaiges Verbot der Einfuhr amerikanischer Fleischwaaren in Deutschland zu beantworten durch eine Beschränkung des deutschen Wein- und Waarenexports in Amerika. Daß ein Zollkrieg mit Amerika dem deutschen Reich ziemlich theuer zu stehen käme, ist unfraglich. Der Reichstag wird es sich daher noch sehr überlegen müssen, ob er dem Drängen der agrarischen Deutelschneider nachgeben will.

Die Scharfmacher im Baugewerbe sind wieder an der Arbeit. Der Innungsverband deutscher Baugewerksmeister hat an den Bundesrath und das Reichsamt des Innern eine Vorstellung gegen die Heranziehung von Arbeitern bei der Kontrolle von Unfallverhütungs- und Schutzvorschriften u. s. w. auf den Bauten gerichtet und zwar in Hinsicht auf ein dahingehendes Rundschreiben des Staatssekretärs Grafen Posadowsky an die Bundesregierungen. In der Eingabe wird gegen eine solche Maßnahme, „die nur den Sozialdemokraten in die Hände arbeiten würde“, entschieden Einspruch erhoben. Die Häufigkeit der Bauunfälle liege nicht an mangelhafter Kontrolle, sondern in 1. ungenügender Qualität einer großen Zahl der Bauunternehmer, 2. sowie der Bauarbeiter, 3. Ueberhastung der Bauausführung, 4. Leichtfertigkeit der Arbeiter, welche durch Ausschicht auf eine Unfallrente gefördert werde und endlich 5. dem unmäßigen Genuß geistiger Getränke seitens der Arbeiter während der Arbeitszeit. Für Verbesserung der Kontrolle wird die Heranziehung von zahlreichen Vertrauensmännern der Baugewerks-Verzugsenschaften empfohlen. — Es hieß die Wirkung dieser Worte tiefer sozial-politischer Weisheit abschwächen, wollte man sie kommentieren. Bedächtig den frivolsten Vorwurf müssen wir zurückweisen: daß die Arbeiter wegen der Aussicht auf — Unfallrente „leichtfertig“ Unglücksfälle herbeiführen. Ein abernerer, gemeinerer Vorwurf, dessen Unwahrscheinlichkeit auf der Hand liegt, dürfte selten erhoben worden sein, aber man ist ja von der Bauprophet nichts anderes gewohnt. Bei ihnen darf man sich über nichts mehr wundern.

Unfallversicherungs-Kommission. In der Sitzung am Dienstag wurde die Beratung des Gewerbeunfallversicherungs-gesetzes zu Ende geführt. Von größerem Interesse war nur die Debatte über den Antrag der Sozialdemokraten, daß einem Betriebsunternehmer oder dessen Stellvertreter, der durch strafgerichtliches Urtheil wegen eines durch Fahrlässigkeit im Beruf herbeigeführten Betriebsunfalls verurtheilt wird, zugleich eine Buße an den Verletzten bis zu 6000 Mark angesetzt werden muß. Durch diesen Antrag würde in diesem Falle der verunglückte Arbeiter so weit schablos gehalten werden, als es den allgemeinen Rechtsgrundsätzen entspricht und zwar ohne besonderes Verfahren, weil stets die Buße zugleich mit dem strafgerichtlichen Urtheil verhängt wird. Wie sehr bei dieser Bestimmung das Interesse der Arbeiter, namentlich auch der ländlichen Arbeiter berührt werde, wurde von den Sozialdemokraten bewiesen durch den Hinweis auf die am 11. November 1890 in der Sitzung des Königl. Landesökonomiensolegiums gehaltene Rede des Kaisers. Bei jener Gelegenheit erklärte der Kaiser, daß während seiner Regierungszeit merkwürdig viele Fälle vorgekommen seien, in denen Arbeiterinnen umgekommen sind durch Verunglückung bei Maschinen. Er habe nun nach den Ursachen der Unfälle forschen lassen, „und regelmäßig zeigte es sich, daß die Mähdchen an ihren Köpfen von den Transmissionswellen erfaßt und barm verwickelt wurden. Nun erkundigte ich mich, ob keine Schutzvorrichtungen da waren. Jawohl, hieß es, nach den polizeilichen Vorschriften müßte die Welle mit einem Dedel oder einem Kästen zugedeckt sein, aber das war in diesen Fällen jedesmal außer Acht gelassen. Es zeigt sich also hier einerseits, die gewisse Gleichgültigkeit seitens des Besitzers oder desjenigen, der den Betrieb zu leiten hat, gegen das Leben der von ihm beschäftigten Arbeiterinnen und andererseits auch eine Gleichgültigkeit der Arbeiterinnen selbst, die sich daran gewöhnt hatten, in der Nähe der bewegten Maschinenstücke zu arbeiten und die Welle zu überschreiten. Schließlich geschah dann das Unglück.“ Er glaube nämlich, fuhr der Kaiser fort, daß es nicht genüge, wenn der Staat den Arbeitern die Verpflichtung anverleihe, sich in Acht zu nehmen und wenn er ihnen Vorschriften mache, wie sie sich bei den Maschinen zu benehmen hätten. Es sei dies nicht durchführbar. Er glaube vielmehr, daß es viel besser sei, „man legt dem betreffenden Besitzer oder dem, der mit der Leitung von Maschinen beauftragt ist, die Verpflichtung auf, das Personal besser zu beaufsichtigen. Kann der Besitzer sich selbst nicht darum kümmern, dann möge er sich doch solche Beamte halten, die auf die Arbeiter genügend einwirken, daß sie sich in Acht nehmen. ... „Ich glaube also“, fuhr der Kaiser wirklich fort, „die Hauptfrage ist, beim landwirtschaftlichen Maschinenbetrieb auf gehörige Beaufsichtigung der Arbeiter durch die Arbeitgeber hinzuwirken. Wenn das geschieht, so werden die Unfälle schon abnehmen.“ Mit diesen kaiserlichen Worten steht das jetzige Verhalten der bürgerlichen Mehrheit der Kommission und der Regierungsvertreter in auffälligem Widerspruch. Dasjenige Mittel, durch welches die Arbeitgeber gezwungen werden sollen, für bessere Schutzvorrichtungen bezugweise für genügende Beaufsichtigung ihrer Arbeiter zu sorgen, nämlich die periodische Haftung des Betriebsunternehmers bei jahrelang verurtheilten Unfällen ist aufs Newherste abgeschwächt worden. Der Kaiser habe bei jener Gelegenheit erklärt, daß er nicht mehr so leicht wie früher eine Begnadigung für solche Betriebsunternehmer, die sich durch Fahrlässigkeit eine kriminelle Strafe zugezogen haben, einbringen lasse. Die Kommission aber habe der Verzugsenschaft ausdrücklich das Recht ertheilt, einem jahrelangen Betriebsunternehmer die Haftung zu erlassen, also ihm gegenüber von ihrer Seite eine Begnadigung einzutreten zu lassen. Die Erinnerung an diese Rede des Kaisers war ganz besonders unangenehm dem Herrn Ministerialdirektor des Innern von Beschte, der in scharfer Form sich gegen die Sozialdemokraten wandte und ihnen Belehrung geben wollte, über welche Sachen und in welchem Maße sie bei der Beratung dieses Gesetzes zu sprechen hätten. Diese Belehrung wurde jedoch entschieden zurückgewiesen und dem Herrn erklärt, daß sich die Sozialdemokraten weder nach den Wünschen der Regierung noch nach irgendwelchen anderen Rücksichten richten, sondern alles das thun würden, wozu sie im Interesse der Arbeiter sich für verpflichtet hielten. Graf Posadowsky erwiderte die Sozialdemokraten, sich nach der der Kommission nach zur Verfügung stehenden Zeit zu richten. Wenn die Kommissionsberatungen nicht bis zum Beginn der Osterferien abgeschlossen seien, so wäre es unmöglich, die Reform der Unfallversicherung in diesem Jahre zu Ende zu führen, und dann wäre es fraglich, ob die Regierung nicht

die Luft verlieren würde, zum dritten Male mit einem Entwurf an den Reichstag heranzutreten. Von sozialdemokratischer Seite wurde betont, daß sämtliche von ihnen vorgelegten Anträge durchaus ernst gemeint seien, und eine erhebliche Verbesserung des Gesetzes zu Gunsten der Arbeiter erstreben. In diesem Sinne würden sich die Sozialdemokraten auch weiter an der Beratung beteiligen. Eine unnütze Verwickelung liege von ihrer Seite nicht vor. Dort wo es sich um die Interessen der Unternehmer bzw. der Verzugs-gesellschaften handle, da werde auch von den anderen Parteien und der Regierung die Debatte im weitesten Maße geführt, nur wenn es sich um das Interesse der Arbeiter handle, dann sei angeblich die Zeit zu knapp. Bei der Abkündigung wurde schließlich der sozialdemokratische Antrag von allen bürgerlichen Abgeordneten abgelehnt. Nächste Sitzung Mittwoch, in der das sog. Mantelgesetz zur Beratung gelangt.

Ein vergessenes Jubiläum. Unter dieser Stichmarke schreibt die „Volkstimme“: Man muß die Feste feiern, wie sie fallen, und die Jubiläen auch. Aber freilich, es kommen dabei manchmal Tage, von denen schon der Prediger des alten Testaments vor einigen Jahrtausenden sagte: sie gefallen mir nicht. Und wenn solche Tage sich schließlich zu Jubiläumstagen aneinanderreihen, dann ist man fein säuberlich stille; denn an unangenehme Dinge läßt sich niemand gern erinnern — selbst heute in unserer jubiläumsfreundlichen Zeit nicht. Wir aber wollen dies keineswegs räthelhafte Schweigen brechen.

Wie eine ferne Sage nur klingt die Erzählung dem heutigen Geschlecht, daß das deutsche Reich einmal keine Schulden hatte. Und doch war es wirklich einmal so — es ist freilich lange her. Die französischen Milliarden strömten nach Deutschland, und man konnte das Geld mit vollen Händen ausstreuen, ohne hinterher einen finanziellen Kagenjammer befürchten zu müssen. Doch die ergiebige Milliardenquelle floß nicht immer und so sah man sich auch im deutschen Reich bald genöthigt, die Bahn zu betreten, auf der man an den andern Großmächten so gefährliche und so verlockende Vorbilder hatte: die Bahn des Schuldenmachens. Durch Gesetz vom 27. Januar 1875 wurde der Reichskanzler zum ersten Male ermächtigt zur Bestreitung einmaliger Ausgaben der Marine- und Telegraphenverwaltung eine Anleihe bis zum Betrage von 16 187 553 Mk. aufzunehmen.

Das war der Ausgangspunkt der Schuldenwirtschaft des Deutschen Reiches, und man hätte am 27. Januar d. J. das fünfundsingzigjährige Jubiläum dieses Geburtstages feiern können — wenn man gewollt hätte.

Man hat es nicht gewollt; aber das soll uns angeht die Marinevorlage, die uns neue Schulden bringen soll, nicht hindern, einmal den Blick darauf zu lenken, wie sich die Jubiläumsschuldenwirtschaft entwickelt hat. Im Jahre 1875 kam man in Wirklichkeit noch ohne Anleihe aus und auch 1876 hatte man die bewilligte Anleihe von 3,3 Millionen Mark noch nicht flüssig zu machen nöthig. 1877 aber ging die Geschichte los und wurde nun bald bitterster Ernst. Bereits nach einem Decennium, 1887 also, beliefen sich die Schulden auf etwas über 674 Millionen Mark (wir zitieren die Generalsummen nach dem „Statistischen Jahrbuch für das deutsche Reich“, Jahrg. 1899), abermals ein Jahrzehnt später waren sie auf über 2261 Millionen Mark und Ende 1898 auf 2302 Millionen gestiegen. Darunter befanden sich reine Reichsanleihen 2 182 246 800 Mark. Von 1877 bis 1898 sind 21 Jahre; in 21 Jahren 2100 Millionen Mark Schulden, das macht Jahr für Jahr 100 Millionen Mark neuer Schulden!

Und die „Kulturzwecke“, die mit diesen riesigen Mitteln gefördert wurden? Von der bis zum 1. April 1898 verwendeten Gesamtsumme von 2 048 416 909 Mk. entfielen auf die Verwaltung des — Reichsheeres über 1344 Millionen, auf die Marine über 317 Millionen, für beide zusammen also etwa 1662 Millionen. Dazu traten für Ausgaben des Reichsheeres mit Ausschluß Bayerns noch weitere 121 Millionen, so daß auf Heer und Flotte etwa 1783 Millionen kommen. Wenn man diese Summe von 2048 Millionen subtrahiert, so ergibt sich, daß für alle Kulturaufgaben zusammen genommen nur etwa ein Siebentel bis ein Sechstel der Schulden entfallen ist.

Das ist die Entwicklung, die unser Jubiläum-Reichsschuldenwesen im ersten Vierteljahrhundert seines Bestehens genommen hat. Wohin wir augenblicklich steuern, das haben wir bereits mehrfach zu kennzeichnen Gelegenheit genommen. Und wer weiß, ob nicht ein späteres Geschlecht, wenn das jetzige Silberjubiläum der Schuldenwirtschaft sich in das goldene verwandelt hat, mit demselben stillen Reid auf die gegenwärtigen Zustände zurückblickt, mit dem wir selbst uns heute wehmüthig jener bescheidenen sechszehn Millionen erinnern, welche vor einem Vierteljahrhundert die Reichsschulden-Kera einleiteten!

Ueber staatliche Mobiliarversicherung wurde Montag in der bayerischen Kammer verhandelt. Das Plenum berieht einen Antrag des Ausschusses dahingehend, daß eine staatliche geleitete Mobiliar-krandversicherung eingerichtet werde. Unsere Parteigenossen forderten die staatliche Monopolisierung dieser Versicherung. Die Redner des Zentrums traten lebhaft dem Antrage des Ausschusses bei und sprachen sich gegen die Monopolisierung aus, welche außer den Sozialdemokraten noch die Redner des Bauernbundes befürworteten. Die liberalen Redner erklärten sich natürlich gegen jede Verstaatlichung des Versicherungswesens. Minister des Innern Freiherr von Feilitzsch äußerte selbst lebhaftes Bedenken gegen die Errichtung einer staatlichen Anstalt, sagte jedoch nochmalige eingehende Prüfung der betreffenden Angelegenheit zu. Wenn sich dabei herausstellen sollte, daß eine staatliche Anstalt dem Lande von Nutzen sein könne, so behalte sich die Regierung vor, weitere Maßnahmen zu treffen. Hierauf wurde die Weiterberatung auf Dienstag vertagt. — Nach kurzer Berathung am Dienstag nahm der Landtag den Antrag des Aus-

schußes mit 81 gegen 44 Stimmen an; dagegen stimmten fast alle Liberalen, ferner Sozialdemokraten und ein Theil der Freien Vereinigung. Der sozialdemokratische Antrag, nach dem die Anstalt den Charakter einer Monopolanstalt erhalten sollte, wurde abgelehnt.

Kleine politische Nachrichten. Wie die offiziöse Münchener „Allg. Ztg.“ aus Berlin erfährt, nimmt man in unterrichteten Kreisen an, daß der Bundestag mit großer Mehrheit für die Generalnovelle mit obligatorischem Neuzug der Tabaksteuer eintreten wird. — Der Letzterstag hat mit allen gegen zwei Stimmen den Bau des Letzter Kanal als beschloffen. Der Kanal soll 25 Millionen kosten. Zu dem Kreislag sitzen größtentheils Agrarier, die für sich also den Reiz eines Kanals erkennen, trotzdem aber gegen den Mittelaußkanal zeternd schreien. — Wegen Gehorsamsverweigerung in Folge religiöser Strupeln ist ein Soldat von einem westpreussischen Infanterie-Regiment zu 4 Monaten Festung verurtheilt worden, zu deren Abkündigung er ins Spandauer Gefängniß eingeliefert wurde. Der Mann ist Menonit und hat sich standhaft geweigert, Sonnabends Dienst zu thun. — Die Elberfelder Militärarbeitsangelegenheit greift bereits ins westfälische Gebiet über. Auch in Steele wurden Mittwoch zwei Eöhne begüterter Oefenomen festgenommen und ins Elberfelder Gefängniß überführt. Andere gegen hohe Kautionssummen auf freien Fuß gesetzte Personen wurden in den letzten Tagen wieder inhaftirt. Der Prozeß beginnt am 15. März vor dem Elberfelder Landgericht. Er wurde wegen des gewaltigen Umfanges in mehrere Serien eingetheilt. — Eine von demokratischer Seite in München veranstaltete Versammlung, in der Gemeinderath Brinner aus Wien sprechen sollte, wurde durch Antisemiten und Mitglieder des katholischen Arbeitervereins gesprengt. Da es unmöglich war, Ruhe herzustellen, wurde der Saal durch die Polizei geräumt. — Der Gesamtvorstand der deutsch-sozialen Reformpartei hat am Sonntag beschlossen, den diesjährigen Parteitag am 8., 9. und 10. September in Magdeburg abzuhalten. Es soll den Parteiverein empfohlen werden, einem über ganz Deutschland sich erstreckenden antisemitischen Verein, der den Namen „Quittungsmark“ führt, korporativ beizutreten mit der Verpflichtung, pro Kopf der Mitglieder 10 Pfennige an die Kasse der „Quittungsmark“ zu zahlen. Die Mitglieder der „Quittungsmark“ sollen bei der Aufstellung von Kandidaten die Rechte der Vertrauensmänner genießen. Uns scheint, daß der Verein „Quittungsmark“ das wichtigste am ganzen antisemitischen Partei ist, er sucht wenigstens dem finanziellen Bankrott zu steuern, während der geistige Bankrott schon nicht mehr aufzuhalten ist. — Die Auswanderung aus Südungarn nach Deutschland wird immer größer. Neulich sind wieder 600 Personen aus der deutschen Ortsgemeinde Hegyes-Felcsely abgewandert. — Das österreichische Abgeordnetenhaus lehnte nach längerer Debatte den Antrag, das Ministerium Mittel in Anklagezustand zu versetzen, mit 94 gegen 60 Stimmen ab. Die Tschechen enthielten sich der Abstimmung, die Christlich-Sozialen stimmten gegen den Antrag. — Der angesehene Beamte im französischen Marineministerium Philipp ist am Mittwoch seines Amtes enthoben worden. — Unter dem Vorsitz des Generals Luger versammelte sich das kriegsgericht und beschloß, die Verleumdungsanträge gegen Zola nicht zurückzunehmen, sondern sie, falls Unschuld bewilligt wird, auf dem bürgerlichen Rechtsweg als Schadenersatzklage weiter zu führen. Das kann Zola nur erwünscht sein. — Beim Salutschießen zu Ehren des Geburtstages des deutschen Kaisers plangte auf dem amerikanischen Kanonenboot „Wheeling“ in Hongkong ein Beschütz. Zwei Kanoniere wurden getödtet, 1 Leutnant und 3 Kanoniere schwer verletzt, von denen einer seinen Wunden erlegen ist. — Auf Formosa ist ein Aufstand ausgebrochen. Die japanische Regierung war bisher nicht in der Lage, die Unruhestifter niedergzuwerfen. So lauten die russischen Nachrichten. Die Japaner legen den Unruhen keine Bedeutung bei und erwarten die baldige Wiederherstellung der Ordnung.

England.

Was die Südafrika-Affäre kostet. Um die Aufbringung der Kriegskosten handelte es sich am Montag in einer großen Sitzung des Unterhauses. Der Schatzkanzler Hicks Beach legte ein Steuerprogramm vor, dessen Durchführung die jetzt zur Kriegsführung nöthigen Riesensummen verschaffen soll. Das Programm lautet: Erhöhung der Einkommensteuer auf einen Schilling vom Pfund, Ausdehnung der Stempelgebühr für die Kontraktnoten der Fondsbörsen auf diejenigen der Produktionsbörsen, Steigerung der Biersteuer um einen Schilling per Faß von 36 Gallonen, der Spiritsteuer um 3 Pence per Gallon, des Zolls auf Tabak um 4 Pence per Pfund und auf fremde Cigarren um 6 Pence per Pfund, Erhöhung des Theezolls um 2 Pence per Pfund. Für die dann noch zu deckenden 35 Millionen Pfund Sterling verlangte Hicks Beach die Ermächtigung, dieselben durch ein Anleihen in Bonds oder anderen innerhalb zehn Jahren rückzahlbaren Effekten zu decken. Bei der Kriegszug- und Siegestimmung, in der sich die Mehrheit des englischen Parlaments befindet, hat die Regierung vorläufig Niederlagen in Bezug auf die zur Fortführung des Kriegs getroffenen Maßnahmen nicht zu befürchten. Campbell-Bannerman erklärte namens der Liberalen, die Opposition würde die Annahme der notwendigen Resolutionen in jeder Weise erleichtern, mit dem Vorbehalt jedoch, daß sie dadurch nicht im Geringsten irgend welche Verantwortung für die Politik der Regierung übernehme. Er erkannte an, daß Hicks Beach ehrlich, staatsmännisch und diskret den Schwierigkeiten begegnet sei. Die Regierung werde bei Verfolgung ihrer finanziellen Anträge auf keine widerwillige Stimmung stoßen. Ganz fehlte die Stimme des Protestes freilich nicht. Der Ire Sealy protestirte dagegen, daß Irland irgend etwas zu den Kosten des südafrikanischen Krieges beitragen solle; nach Irland sei nicht ein Pfennig Geld für Kriegsbedürfnisse geschloffen, obgleich Deutschland, Brasilien, Nordamerika und Oesterreich Nutzen davon gezogen. Der Zuschlag zur Brantweinsteuer sei ein weiterer Aderlaß für das irische Volk. Die Kriegssteuern sollten auf die Diamanten gelegt werden, und die Börse-makler und Dingenen, die am Kriege profitiren, sollten auch dafür zahlen. Der Ire John Redmond stellte Anträge, welche gegen das Budget protestiren, da es für einen ungerathenen Krieg bestimmt sei und eine erhöhte Ungerechtigkeit gegen Irland darstelle; er beantragte die Herabsetzung der Theezölle um 2 Pence. Der Antrag wurde mit 209 gegen 60 Stimmen abgelehnt und

die Erhöhung der Theezölle mit 223 gegen 48 Stimmen angenommen. Sodann wurden diejenigen Beschlußanträge, welche auf Tabak, Cigarren, Spirituosen und Bier erhöhte Zölle legen, unter Opposition der irischen Nationalisten mit großen Mehrheiten angenommen.

Transvaal.

Vom Kriegsschauplatz. Eine bemerkenswerthe Meldung bringt das Bureau Reuters aus Kapstadt, wonach die Disziplin der Freikampfer erklärt worden sind. Fast die ganze Afrikaanderbevölkerung dieser Gebiete ist aufständisch. Die Bewegung breitet sich nach Victoria West, Praefburg und anderen Bezirken aus. Die Zahl der „Rebellen“ wird auf 3000 geschätzt. Die Streitmacht der Aufständischen soll auf 2000 Mann betragen. Es herrscht die allgemeine Ansicht, daß eine starke Truppenmacht erforderlich ist, um die „Rebellen“ niederzuwerfen, da eine etwaige Schlappe die weitere Verbreitung des Aufstandes herbeiführen würde. — Die sämtlichen hier genannten Bezirke und Orte der Kapkolonie liegen westlich von der Eisenbahnlinie Kapstadt-Kimberley und erstrecken sich vom Drakensfuß südwärts bis zu den Nieuweveld-Bergen, welche die große Karoo abgrenzen. Es ist bisher nicht bekannt geworden und bei der großen Entfernung jener Distrikte vom Drakensfuß auch wenig wahrscheinlich, daß Freikampfbureu bis dorthin vorgezogen sind, und man hat es hier vielmehr aller Wahrscheinlichkeit nach mit einer ganz spontanen aufständischen Bewegung zu thun, gegen die auch die Proklamations des Kriegrechts durch Sir Alfred Milner nichts geholfen hat. Hierin und in dem Umstande, daß die Bewegung auch durch die Engländer bei Paardeberg und Ladysmith nicht hat unterdrückt werden können, liegt die Hauptbedeutung der Nachricht. Seit Anfang dieses Monats trat immer bekümmert die Meldung auf, der Afrikaanderbund sei gerade durch die wachsende Bedrückung der republikanischen Buren zu einer energischeren Haltung veranlaßt worden und werde eine Vergewaltigung der Republikanismen nicht zulassen. Vielleicht haben wir es hier mit einer ersten Folge dieser Haltung zu thun, die unter Umständen für England noch sehr gefährlich werden kann. Schon jetzt bedroht der Aufstand unmittelbar die einzige Verbindungslinie, die Lord Roberts mit der Kapstadt hat. Dabei lagte der britische Feldmarschall schon unter dem 3. März über mangelhafte Verproviantierung seiner Truppen und gab an, die Zahl der ihm gegenüberstehenden Buren „scheine sich thätlich zu vermehren“. Privat-Meldungen vervollständigen diese ganze Aenderung noch dahin, daß die Buren sich im Drang der Freikampfe unter dem Oberbefehle Jouberts in solcher Stärke sammeln, daß sie einem Vorstoß der Engländer auf Bloemfontein erfolgreich Widerstand leisten zu können hoffen. Auch durch die von Süden her aus der Kapkolonie zurückkehrenden Burenkommandos dürfte Roberts beunruhigt und in seiner Provinzialverwaltung behindert werden. Im Ganzen betrachtet, erscheint die Lage für die Engländer demnach einwärts keineswegs als so glänzend, wie sie von den meisten Londoner Blättern geschildert wird, und Lord Roberts wird baldige durchschlagende Erfolge gebrauchen, um sie gründlich zu seinen Gunsten umzugestalten.

Roberts entsandte, nach Brüsseler Meldungen, ein Heer zum Entsatz von Mafeking. Auf dem Wege von Kimberley nach Mafeking befindet sich eine starke Buren-Division, so daß dort ein Kampf erwartet wird. Aus Dörfelstein vom 7. März meldet Roberts einen neuen englischen „Sieg“: „Ich griff heute, so droht der englische General, den Feind an, der eine Stellung 4 Meilen nördlich, 11 Meilen südlich vom Modderstroom einnahm. Einer Kavalleriedivision gelang es, die linke Flanke des Feindes zu umgehen, der sich jetzt, Mittags, in vollem Rückzug nordwärts und östwärts befindet, dicht verfolgt von Kavallerie, reitender Artillerie und bewaffneter Infanterie. Mittlerweile ging die Infanterie über den Modderstroom bei Poplarsdrift, wo ich heute Abend mein Hauptquartier aufschlugen will. Ich hoffe, daß meine Verluste gering sind, da der Feind auf einen Flankenangriff, der seine Verbindungen mit Bloemfontein bedroht, ganz unvorbereitet war. — Anscheinend handelt es sich nur um eine Art Vorpostengefecht. Wie übrigens aus London gemeldet wird, haben die englischen Truppen unter Lord Roberts durch die Wollensbrücke sehr gelitten; sie klagen über Mangel an Pferden, die jetzt sehr am Plage wären, da der Regen viel Futter gebracht hat. Der Westwind bringt öfter einen Pfahhauch aus dem ehemaligen Lager Cronje's, wo Hunderte von Pferdeläichen verwehend am Boden liegen.“

General Buller erließ eine Proklamations an die Aufständischen im Bezirk Barlety-East und fordert sie auf, die Waffen niederzulegen, dann werde er ihnen straflos Mädege gestatten. Viel Erfolg wird die Proklamations nicht haben. Ueber die Kriegslage in Natal liegen heute folgende Nachrichten vor: Buller schob, so melden die Londoner Abendblätter aus Ladysmith, eine kombinierte Streitmacht längs der Garchynisch-Eisenbahnlinie in der Richtung nach dem Vanreeneuspoß vor. Diese beiden Blätter melden aus Durban: Eine englische fliegende Kolonne ist von Natal aus in Transvaal eingedrungen. 60 Buren wurden in einem Hinterhalt getödtet, worauf sie mit einem Verluste von sieben Mann flohen. Auch noch andere Burenabtheilungen wurden zerprengt; das Land wurde von den Engländern viele Meilen im Umkreise abpatrouillirt.

Mit der Befreiung von Ladysmith ist das öffentliche Interesse am südafrikanischen Feldzuge in London, so wird von dort gemeldet, bedeutend erschöpft. Man erwartet lange nicht mehr mit solcher Spannung die Nachrichten vom Kriegsschauplatz wie bisher. — Sollte an der Abkantung der Kriegsstimmung vielleicht das Steuerbouquet die Schuld tragen?

Die Verluste Bullers an Mannschaften betragen in der Zeit vom 14. bis 27. Februar, nach einer Liste des Kriegsamts, 252 Tote, 1512 Verwundete und 95 Vermißte. — Ladysmith ist theuer erlauft!

Nach Telegrammen aus Kapstadt befinden sich unter den dort etgelieferten Gefangenen der Cronje'schen Armee eine Menge als Männer verkleideter Burenfrauen, die sich an allen Kämpfen betheiliget haben. Eine Friedensstimme läßt sich in London vernehmen. „Morning Leader“ schreibt in einem Leitartikel, mit der Räumung von Natal und Kapland durch die Buren sei nun jeder Vorwand zum weiteren Kriege hinfällig und es sei Zeit, an den Friedensschluß zu denken, nachdem die Ehre der englischen Waffen gerettet ist.

Lübeck und Nachbargebiete.

Donnerstag, den 8. März.
Achtung, Bauarbeiter! Zugang ist fernzuhalten von Gradow (Medl.), wo Differenzen ausgebrochen sind, und Bremen (i. d. S.).
Die Schmiede Lübeck werden heute Abend in einer Extraversammlung über die Vohbewegung beraten. Als Vertreter des Hauptverbandes ist der Kollege Lange aus Hamburg anwesend. Die außerordentliche Wichtigkeit der Tagesordnung muß jeden Theilnehmenden zum Entschließen veranlassen.
Zündhölzerne Phantasien. Eine mehr als originelle Idee, die Kosten der Flottenvorlage aufzubringen,

ist dem Schädel des hiesigen Chemikers Dr. Wehke entsprungen. In einem Vortrage, den er in der Gesellschaft zur Beförderung gemeinnütziger Thätigkeit über „Feuerzeuge in alter und neuer Zeit“ hielt, meinte er, — nach der „Eisenb. Ztg.“ — es liege wohl die Frage nahe, ob ein einflußreicher Herr in Berlin, der kürzlich geabelt worden, noch nicht auf den Gedanken gekommen wäre, die Zündhölzer zu steuern. Es wäre das immerhin ein passendes Steuerobjekt, um die Kosten des neuen Flottengesetzes mit decken zu helfen. Wenn sich die Steuer auf etwa 18 bis 20 Mark jährlich für eine Familie von 5 bis 6 Personen stellen würde, so möchte das wohl für die meisten kaum drückend sein, würde aber einen sehr ansehnlichen Ertrag im Reiche ergeben. — Bei diesem sonderbaren Freund der „Schwefelstücken“ scheint ein Zwanzigmarkstück keine große Rolle zu spielen. Wenn sein abenteuerlicher Plan ausgeführt würde, kämen jedenfalls die Zündhölzer wieder zu Ehren. Der Schwefelbunzt der Flottenbegeisterung erzeugt merkwürdige Waagnvorstellungen.

Vom Flottenanfang. Heute vertheilt man in der Stadt gratis Broschüren, verfaßt von einem Hans Hartmann, in denen man mit den üblichen kindischen Argumenten speziell die Arbeiter zu überflüssigen versucht. Das wird nun freilich vorbeigeflogen. Anerkennen werden die Empfänger jedoch jedenfalls die Quantität des zu allerlei nützlichen Papieres. Es sind 32 Druckseiten, die man verschwendet, um seiner Liebe für die eben der Buchdruckergesellschaft entgangenen Arbeiter Ausdruck zu verleihen.

Gegen das Fleischverbot, wie es von der agrarischen Mehrheit der Fleischbeschaukommission zum Jahre 1904 geplant wird, hat die Handelskammer an den Senat eine Eingabe gerichtet, in welcher letzterer gebeten wird, alles aufzubieten, um zu verhindern, daß dem Beschlusse der Reichstagskommission praktisch Folge gegeben werde. Mit Recht wird darauf hingewiesen, daß der leidende Theil gegebenen Falls die arbeitende Bevölkerung sein würde, und ferner, daß ohnehin der Handel Lübeck schon durch die Absperrungspolitik seit Jahren ganz empfindlich geschädigt worden sei.

Vor der eigenen Thür legen sollte das Amtsblatt, welches einseitige Glossen darüber macht, daß aus der Redaktion der „Sächs. Arb.-Ztg.“ drei Genossen ausgeschieden. Gerade in der Redaktion der „Lüb. Anz.“ sind ja in den letzten Jahren mehrere Personalveränderungen, z. Th. unter recht eigenartigen Umständen, erfolgt.

Bauarbeiterfiskal. In einem Bau der Wiedestraße stürzte der ledige Zimmergeselle Stahmer zwei Stockwerke tief hinab. Unbegreiflicher Weise ließ man den anscheinend nicht unerheblich verletzten Mann allein nach Hause gehen. An der Drehbrücke mußten sich Arbeiter seiner annehmen, die seine Unterbringung im evangelischen Krankenhaus veranlaßten. Zu untersuchen wird sein, ob die Schutzvorrichtungen genügend gewesen sind.

Gestorben ist der erst kurze Zeit in Lübeck thätige, von Oldenburg gewählte Landgerichtsdirektor Wemer im Alter von 47 Jahren. Der Dahingegangene machte durch die ruhige, verständliche Art, wie er die Verhandlungen zu leiten und vor allem die Vernehmungen zu gestalten wußte, einen wohlthuenden Eindruck. Klagen, wie sie sonst nicht zu den Seltenheiten gehören, sind über ihn nicht zu Ohren gekommen. Umfomehr ist sein plötzliches Scheiden zu bedauern.

Der Elbe-Trade-Kanal hat auch erhebliche Umgestaltungen im Bollwesen zur Folge. Senat und Bürgerausschuß beantragen, unter Einziehung der Revisions-Oberkontrollstelle in Travemünde, bei dem Hauptkollekteur einen Oberrevisor mit 5000 Mk. Dienstentlohn und Stellenzulage bis zu 432 Mk. anzustellen, sowie bei eintretendem Bedarf die Zahl der Hauptamts-Assistenten um sechs, die der Revisionsaufseher um zwanzig und die der Hauptamtsbedienten um einen zu vermehren.

In's Zuchthaus schickte die Strafkammer gestern einen Arbeiter aus Schwartau, welcher sich verschiedener Schwindelthaten schuldig gemacht hat, auf 1 Jahr 7 Monate und 20 Tage, außerdem sprach sie ihm 3 Monate Gefängniß wegen Unterschlagung zu. Bei den Strathaten handelte es sich durchweg um geringfügige Diebstähle, jedoch die vielen Vorstrafen fielen erschwerend ins Gewicht. — Zwei Jahre 10 Tage Zuchthaus erhielt ein anderer Arbeiter, welcher einen aus Chicago zum Besuche hier weilenden Maler in ganz raffinierte Weise um seinen auf dem Bahnhof verwahrten Reisekoffer brachte.

Wegen Stillschleppens wurde der aus gleichem Grunde vorbestrafte Kaufmann Stender aus Schwartau zu 1 Jahr Zuchthaus verurtheilt.

Ein dreizehnjähriges Schulmädchen hat in 5 Fällen hiesige Geschäfte in ganz listiger Weise durch falsche Vorpiegelungen betrogen, ihm Waaren in beträchtlichem Werthe anzuhändigen. Die „bessernde“ Strafe, der hoffentlich durch die bedingte Begnadigung vorgebeugt wird, wurde auf acht Wochen Gefängniß bemessen.

Für Anstrichgegenstände zweier Klassen der Realschule und diverse Abänderungsarbeiten sind 1800 Mark bewilligt worden.

An Justizenza sind hier im Februar fünf und zwanzig Personen gestorben.

Eine Verbesserung der Gehalts- und Pensionsverhältnisse des Direktors der Gewerbeschule wird bürgerschaftliche Zustimmung vorausgesetzt, mit dem 1. April cr. eintreten.

Der Bürgerausschuß hielt gestern eine Sitzung ab, in der 11 Gegenstände zu erledigen waren.
Der Entwurf einer Geschäftssteuer ist vom Bürgerausschuß auf Antrag Schwarzkopf einer Kommission zur Vorprüfung überwiesen.

-o- Dreyers herrlicher „Probekandidat“ fand in einer im Ganzen wohl gelungenen Darstellung gestern Abend im Stadttheater den lebhaftesten Beifall der ziemlich zahlreich erschienenen. Einige markante Stellen in diesem übrigens sehr geübten Schauspiel wurden seitens des Publikums durch Beifall noch besonders unterstrichen. Wir werden auf die Aufführung, um deren Gelingen sich besonders die Herren Jakoby (Fritz Heitmann), Ziegler (Oberlehrer Störmer), Jönsson (Paul Beneschild) und Bretschneider (Matte Heitmann) bemühten, ausführlich zurückkommen.

Die Ermäßigung der Hafenabgabe für Schiffe, die sich auf der Fahrt zwischen Nord- und Ostsee befinden, soll bis zum 1. April 1903 ausgedehnt werden.

Das norddeutsche Gaukeleifest wird nach der „E. Z.“ der Luftfahrtssteuer wegen hier nicht abgehalten werden. Es wird sich je länger, je mehr herausstellen, daß wir das Geseß als zweifelschuldig ganz richtig charakterisieren.

Aufgehoben sind der von Siems nach der Herrenfähre und der von der Klüdniger Mühle direkt nach der Herrenfähre führende Fahrweg.

Schiffsverkehr im Hafen. In der vorigen Woche liefen ein 16 Dampfer, 3 Segler, ausgelaufen sind 15 Dampfer, 1 Segler.

Zur Herstellung einer Steganlage von der Weberstraße nach der Badeanstalt im Krähenteiche sind 2750 Mk. ausgeworfen worden.

Eine neue Brunnen-Anlage nebst Wasserzuleitung aus derselben nach dem Wohnhause, der Meierei, den Stallungen und den Arbeiterkathen soll auf dem Hofe Nitzerau zum Preise von 6500 Mk. hergestellt werden.

Handelsregister. Am 7. März 1900 ist eingetragen: auf Blatt 1896 bei der Firma: „S. Wülf.“ Der Vor-

name des Inhabers lautet nicht Heinrich sondern Hinrich; auf Blatt 2216 die Firma: „Hans Wegener.“ Ort der Niederlassung: Lübeck. Inhaber: H. Fr. W. Wegener, Kaufmann.

pb. In Haft geriethen ein Tischlerlehrling, den die Amtsanwaltschaft Gollnow wegen Betruges verfolgt, ein Schlosser, den die Staatsanwaltschaft Rostock wegen Diebstahls sucht, ein Heizer, welcher auf den Namen eines Stodolendorfer Kaufmanns einen Wechsel über 500 Mark fälschte, und ein Arbeiter, welcher seinem Hauswirth, einem Bauunternehmer, mit einem scharfen Gegenstand eine schwere Kopfverletzung beibrachte.

pb. Gestohlen wurde von einem Wirtschaftshofe an der Obertrave eine rothgestreifte, mit D gezeichnete, braungraue Pferdebede.

* Gutin. In das Handelsregister ist am 2. März bei der Firma August Schöning eingetragen: An Stelle des bisherigen Inhabers, Kaufmann August Carl Heinrich Schöning in Gutin, ist der Kaufmann Carl Friedrich August Schöning in Gutin als alleiniger Inhaber der Firma getreten.

Kiel. Prozeß. Wegen angeblicher Beleidigung der hiesigen Hauptpolizeibehörde hatte sich am Mittwoch Genosse Korn von der „Schlesw. Volkstg.“ zu verantworten. In einer kurzen Notiz hatte er, gestützt auf die Angaben der Bauarbeiter-Schutzkommission, diverse grobe Mißstände auf Bauten festgestellt, die von der Behörde nicht gefunden seien. Das Resultat der Beweisaufnahme war für die Staatsanwaltschaft derart ungünstig, daß sie nur eine geringe Geldstrafe beantragte; der Gerichtshof erkannte jedoch auf kostenlose Freisprechung, da der Wahrheitsbeweis gelungen sei.

Wismar. Ein weiteres Fiasko hat die hiesige Polizeibehörde im Kampfe gegen die Arbeiterschaft erlitten. Wegen einer Versammlung, in welcher die sozialdemokratischen Mitglieder des Bürgerausschusses über ihre Thätigkeit Bericht erstatteten, und welche während einer Rede des Genossen Groth der Auflösung weislich, war gegen 11 Personen Anklage erhoben. Die Versammlung sollte politisch gewesen sein sein. Das Schöffengericht kam jedoch zu einer Freisprechung, da die Besprechung kommunaler Angelegenheiten mit Politik nichts zu thun habe. Den Angeklagten sollen ihre persönlichen Auslagen ersetzt werden.

Neubrandenburg. Der Maurerstreik ist beendet, nachdem die Meister in einigen Punkten den Gesellen entgegengekommen sind.

Bremen. Die Bauarbeiter streiken, da die Unternehmer ihre Forderungen nicht bewilligten, auch nach berühmten Mustern es ablehnten, mit der Lohnkommission zu verhandeln. Damit ist auch der mit Mühe erzielte Friede mit den Maurern und Zimmerern wieder gefährdet, da diese mit Streikbrechern jedenfalls nicht zusammen arbeiten werden. — In den Streik getreten sind sämtliche Arbeiter des Dampfsägewerks von S. H. Logemann. Dieser ist ein Feind hoher Löhne und der Gewerkschaften.

Briefkasten.

Anfragen, bei welchen Name und Adresse des Fragenden fehlen, werden nicht beantwortet.

Zwei Streitende. Dazu hat der Arbeitgeber durchaus kein Recht. Er darf Ihnen den Lohn oder einen Theil desselben nur einbehalten und an einen Dritten ausshändigen, wenn er durch eine gerichtliche Verfügung dazu genöthigt ist.
+++ Freitag 8 1/2 Uhr.

Ein Logis zu sofort zu verm., 2 M.
St. Annenstraße 8, 1. Et., nach hinten.

Logis mit Pension für junge Leute
Marlesgrube 39.

Gesucht zum 1. April eine Wohnung
im Preise bis 180 Mk. von ruhigen Leuten.
Offerten unter M 100 an die Exped. d. Bl.

Gesucht zum 1. Juli eine Wohnung
bis zu 160 Mk. von Leuten mit 3 Kindern.
Offerten unter B D an die Exped. d. Bl.

Suche zum 1. Juli Laden mit Wohnung, für
Zeitwaaren-Geschäft.
Ang. mit Preisang. u. 125 an die Exp. d. Bl.

Tüchtige Hodarbeiter
haben dauernde Beschäftigung zu dem 1. Tarif.
Rud. Karstadt.

Ein Stamm Hühner (ohstreichische Silber-
Mäven) billig zu
verkaufen
Langer Lohberg 17.

In verkaufen ein helles Jacket, passend
für Confirmanden, sowie ein Frauen-
tragen
Glockengäßchenstraße 67, bart.

Ein schwarzer Minorca-Hahn (99er)
zu verkaufen
Kloppentstraße 17a.

Ein Fahrrad f. Arbeiter bill. z. verk.
Fischergrube 16, 1. Et.

Gr. Burgstr. 42.	Blüthgarntur von 100 Mk. an.
Ripsjeppha 36 Mk.	Rüchenschrauf 24 Mk.
Vertilow 45 Mk.	Kleiderstrumpf 22 Mk.
Sophatisch 18 Mk.	Beistelle 12 Mk.
Speilerpiegel 12 Mk.	Kommode 16,50 Mk.

Anfang
von Lampen, Knochen und Eisen.
F. Schaper, Obertrave 37/3

Heute Nachmittag von 5 Uhr an:
Warme hiesige

Bücklinge.

Morgen:
Frisch geräucherte Male

empfehlen
Johs. Wolter, Fisch-
räucherer.
Marlesgrube 65.

Miethe-Quittungs-Formulare
Friedr. Meyer & Co., Johannisstr. 50.

Grosse Auction!
Am Freitag den 9. März
Nachmittags 2 1/2 Uhr
in der

41 Hundestraße 41
sollen die gesamten Mobilien der verstorbenen Frau Behrens wegen Erbschaftsregulierung öffentlich weisheitsvoll verkauft werden, sowie Betten, Tische, Schränke, Commoden, Garderoben, Bilder, Lampen, Spiegel, Tische, 1 Kleiderstrumpf, Sopha, Hosenregale, ferner 20 Kisten Cigaretten, ein tafelförmiges Klavier u. v. u. S. m.
Joachim Ch. R. Schmehl,
Auctionator und Lagator.

Bavaria-Bräuerei

Altona-Hamburg.

Niederlage Lübeck: Große Peterögrube 29.

— Fernsprecher Nr. 474. —
Vertreter: **H. Wirbel.**

Wir offerieren unsere, überall so rasch beliebt gewordenen Biere, nämlich:

Lagerbier Tadelbier Märzenbier

in Gebinden und Flaschen (Original-Abzug).

Confirmanden - Anzüge

in nur guten Qualitäten und bester Verarbeitung
empfehle in großer Auswahl billigst.

Joh. Klempau, Mühlenstraße 32.

Kartoffeln!

Wirklich schöne mag. bon. bei 200 Pf. 5,20 Mark und andere Sorten billigst.
Karl Voss, Miffstraße 18.

Bürgerlicher Mittagstisch
Mittagsessen 30 und 40 Pfg., Abendessen 30 Pfg.
Frau Kieck, Ringstraße 21, bart.
Eröffnung 1. März 1900.

!Union!

erhalten Sie ein Paar Schuhe
stark besohlt
bei Ablickung von Reparatur-
Marken:
im Werte v. Mk. 15 1 Paar Herren-Sohlen
" " " " 12 1 " Damen-
" " " " 10 1 " Kinder-
Herren-Sohlen, dauerhaft, von
Mk. 1,75 an.
Damen-Sohlen, dauerhaft, von
Mk. 1,25 an.
Kinder-Sohlen, dauerhaft, der
Größe entsprechend.

● Nur Handarbeit. ●
● Schnellste Lieferung. ●
Empfehle gleichzeitig mein reichhaltiges
Lager aller Art Schuhwaaren in bekannter
Güte zu wirklich billigen Preisen!
Schuhwaaren-Verkaufshaus
D. Levin,
Marlesgrube 4. 4 Marlesgrube.

**Frische hiesige
Land-Cier**

10 Stück 60 Pfg.
Prima Schweizer Käse
Pfd. 60, 70, 80 Pfg.
Prima Giltiger Käse
Pfd. 40, 50, 60 Pfg.
Prima Holsteiner Käse
Pfd. 20, 25 Pfg.
Vitello-Margarine
Pfd. 70 Pfg.
Prima Mettwurst
Pfd. 80, 90 100 Pfg.
Thüringer Leberwurst
Pfd. 80 Pfg.

C. Harz

Breitenstraße 60a. Sandstraße 27.

Empfehle mein Lager (eig. Fabrikat)
in Herren- } **Strümpfen**
" Damen- }
" Kinder- }
und Beinlängen billigst.
Alles wird angewirkt.
H. Hornbogen, Fischstraße 27.
Rechan. Strumpf-Fabrik.
Fernsprecher 776.

Vollstg. Ausrüstungen
für junge Leute, die sich dem
Seemannsberufe

widmen wollen, empfiehlt
H. Prenzlau
Untertrave 66/67.

Achtung!
Postdienerarbeiten!

Mitglieder-
Versammlung
am Freitag den 9. März
Abends 8 1/2 Uhr.

im Vereinshaus, Johannisstraße 50.
Tages-Ordnung:
1. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse auf den
verschiedenen Plätzen.
2. Fragekasten und Verschiedenes.
Das Erscheinen sämtlicher Mitglieder ist
bringend notwendig.
Der Vorstand.

Einladung zum
≡ BALL ≡

der sämtlichen Arbeiter und
Arbeiterinnen der Fischindustrie
Lübecks

am Freitag den 9. März 1900
im Concerthaus Flora.
Anfang 8 Uhr. Ende Morgens
Herrenkarte 75 Pfg., Damen 20 Pfg.
Der Vorstand.

Circus Variété

Freitag:
Volksthümlich. Abend
bei halben Kassenpreisen.
Gr. Specialitätenvorstellung
Das wunderbare März-Programm.
Austreten von
Heinr. Kalnberg
als Neutnant von Schluppenbach.
Jede Person
welche heute an der
Abendkasse
ein Billet kauft, zahlt
halben Kassenpreis!
Anfang des Concerts 7 1/2 Uhr.
Der ganze Circus ist geöffnet!
(Gallerie wird nicht verkauft.)

Stadt-Theater.

Freitag. Opernpreise.
Fidelio.

Eine neue Arbeiterorganisation in England.

Am letzten Februar und am 1. März haben in London Vertreter der Trade Unions und sozialistischer Körperchaften getagt, um gemeinsam darüber zu berathen, auf welche Weise die parlamentarische Vertretung der Arbeiterschaft zu verstärken und zu verbessern ist. Die Einberufung dieser Konferenz war auf dem letzten Trade-Unionkongress in Plymouth seiner Zeit beschlossen worden.

Die Konferenz war im wesentlichen eine Veranstaltung des linken Flügels der Trade Unions. Die Vertreter der großen rechtsstehenden Verbände der Bergarbeiter und Textilarbeiter fehlten. Demgemäß war auch die Konferenz kaum ein Drittel so stark an Zahl der Delegierten, wie sonst ein Trade Union-Kongress zu sein pflegt. Sieben Delegierte waren als Vertreter der unabhängigen Arbeiterpartei erschienen, an deren Spitze befand sich Clair Hardie, das Haupt der Partei, selbst. Die sozialdemokratische Föderation hatte vier Delegierte geschickt, und die Gesellschaft der Fabrier einen Delegierten. Bemerkenswert war, daß die Maschinenbauer, die bekanntlich vom letzten Trade-Union-Kongresse ausgeschlossen gewesen waren, auf dieser Konferenz nicht nur durch ihren Generalsekretär Barnes, sondern auch durch John Burns vertreten waren. John Burns ist sonst seit Jahren nicht auf Trade-Union-Kongressen oder ähnlichen Kongressen erschienen. Auch Tom Mann, der bekannte Agitator, der von Trade-Union-Kongressen keine bedeutende Meinung hat, war als Zuschauer im Saale anwesend und antwortete auf die Frage: „Diese Konferenz halten Sie wohl für einen großen Fortschritt?“ mit der Antwort: „Es ist ein kleiner Fortschritt!“ Im Ganzen bestand die Konferenz aus 129 Delegierten, die 129 Verbände und Vereine mit zusammen 568 177 Mitgliedern vertraten.

Es stand eine erste Resolution auf der Tagesordnung, die verlangte, daß die Ansichten der arbeitenden Klasse im Unterhause durch Abgeordnete vertreten sein sollten, die selbst Mitglieder der Arbeiterklasse sind und von denen man voraussetzen kann, daß sie mit den Zielen und Bestrebungen der Arbeiterbewegung Sympathie haben.

Die Resolution wurde heftig durch Barnes und namentlich durch John Burns bekämpft. Burns schloß mit den Worten: „Jeder muß ein Kandidat für die Arbeiter sein können, der, gleichviel welcher Klasse er angehört, ihrem Programm zustimmt und ihre Ansichten ernstlich auszuführen gesonnen ist.“ Burns nannte Männer, wie Charles Booth, Sidney Webb und J. A. Hobson. Die Resolution wurde dann in der ersten Fassung abgelehnt, dagegen mit einem Amendement der Maschinenbauer mit 102 gegen 3 Stimmen angenommen. Dieses Amendement hat folgenden Wortlaut:

Diese Konferenz ist dafür, daß die Ansichten der Arbeiterklasse im Unterhause durch Männer vertreten werden, die mit den Zielen und Bestrebungen der Arbeiterbewegung sympathisieren und deren Kandidaturen von der einen oder der anderen der an dieser Konferenz beteiligten organisierten Bewegungen gebilligt werden.

Darauf kam eine zweite Resolution zur Verhandlung, die verlangte, daß die Vertreter der Arbeiterbewegung im Unterhause eine eigene Partei bilden, deren Basis die Anerkennung des Klassenkampfes und deren Ziel die Sozialisierung aller Mittel der Produktion, der Verteilung und des Austausches sei. Der Einbringer dieser Resolution, J. R. Macdonald, ein Delegierter der unabhängigen Arbeiterpartei, befürwortete den Klassenkampf und dementsprechend die Schaffung einer Arbeiterpartei, die im Gegensatz steht zu den bürgerlichen Parteien.

Angenommen wurde indes eine neue Resolution Keir Hardies, die also lautete:

Eine neue Judith.

Roman von H. Rider Haggard.

Autorisierte Uebersetzung a. d. Englischen von Natalie Kümelin.

64. Fortsetzung.

Nachdruck verboten.

„Jantje,“ flüsterte Jek, ihren Kopf aus der Deckung hehend.

„Ja, Miffie,“ antwortete eine heisere Stimme von außen, und im nächsten Augenblick kam sein affenartiges Gesicht, dem seine noch affenartigere Gestalt folgte, in den Umkreis des Lichts.

„Setz dich hierher, Jantje, ich fühle mich so einsam und möchte mit dir plaudern.“

Er gehorchte grinsend. „Von was sollen wir sprechen, Miffie? Soll ich Ihnen, wie bereits vor Jahren, eine Geschichte erzählen aus der Zeit, in welcher die Thiere noch sprachen?“

„Nein, Jantje. Erzähle mir von dem Stoc — von dem Stoc mit dem Knopf oben und den vielen Einschnitten. Hat er nicht etwas mit Frank Müller zu thun?“

Des Hottentotten Gesicht nahm sofort einen bösen Ausdruck an. „Ja, ja, Miffie!“ sagte er und streckte seine magere Pfote nach dem Stoc aus. „Sehen Sie, dieser große Einschnitt ist mein Vater, Baas Frank hat ihn erschossen; dieser Einschnitt bedeutet meine Mutter, Baas Frank hat sie erschossen; der nächste, das ist mein Onkel, Baas Frank hat auch ihn erschossen. Und diese kleinen Einschnitte sagen, daß er mich geschlagen hat — ja, und andre Dinge auch. Und nun mache ich noch mehr Einschnitte: einen für das abgebrannte Haus, einen für den alten Baas Croft und einen für Miffie Bessie.“ Damit zog er sein großes Jagdmesser mit weißem Griff hervor und begann sie in das harte Holz zu schneiden.

Jek kannte das Messer von früher; es war Jantjes höchster Schatz, die Freude seines engen, kleinen Herzens.

Diese Konferenz ist für Schaffung einer besonderen Arbeitergruppe im Parlamente, die ihre eigenen Einseitiger haben und sich über ihre eigene Politik verständigen soll. Sie soll auch bereit sein, mit jeder Partei zusammen zu arbeiten, die zu dem betreffenden Zeitpunkte eine Gelebensfrage fördert, die den unmittelbaren Interessen der Arbeiter entspricht, und sie soll auch ebenso einer Partei opponieren, deren gelesene Maßregeln eine entgegengelegte Tendenz haben. Außerdem sollen die Kandidaten der Arbeitergruppe keinem Kandidaten opponieren, dessen Kandidatur nach den Bestimmungen der ersten Resolution gutgeheißen ist.

Dann wurde eine dritte Resolution angenommen, die bestimmte, daß die Konferenz ein Exekutivkomitee wählt, das aus zwölf Mitgliedern bestehen soll, von denen die Trade Unions sieben Mitglieder ernennen, die Fabianische Gesellschaft ein Mitglied, die unabhängige Arbeiterpartei und die sozialdemokratische Föderation je zwei Mitglieder.

Nach längerer Debatte beschloß die Versammlung ferner, ein eigenes Exekutivkomitee einzusetzen; die betreffenden Wahlen wurden alsdann vorgenommen.

Soweit die Verhandlungen der Konferenz. Ueber die Aussichten der neuen Arbeiterpartei läßt sich zur Zeit nur wenig sagen. Man kann und muß den Gedanken der Bildung einer wirklichen, großen Arbeiterpartei in England mit Freuden begrüßen und wird doch mit Tom Mann vorläufig nur von einem kleinen Fortschritt sprechen dürfen. Die Verhandlungen der Konferenz haben den guten Willen und das Streben der Teilnehmer nach einer Einigung auf möglichst breiter Basis erwiesen, sie haben aber auch gezeigt, daß der Gedanke an die Nothwendigkeit des proletarischen Klassenkampfes nur schwache Wurzel gefaßt hat. Man wird die Thaten abwarten müssen, mit denen die neue Arbeiterpartei den Beweis führen wird, daß sie aus der inneren Nothwendigkeit der Verhältnisse der englischen Arbeiterklasse geschaffen ist.

Soziales und Parteileben.

Streiks und Lohnbewegungen. Die Berliner Bürstenmacher erzielten mit sämtlichen Arbeitgebern eine Einigung, wonach der Minimalverdienst eines Arbeiters, der eine durchschnittliche Leistung hervorbringt, 21 Mk. betragen soll. Die Arbeitszeit wurde auf 9 1/2 Stunden festgesetzt. — Die Dreher der Wittenberger Steingutfabrik haben sich in Güte mit der Direktion geeinigt, wodurch der drohende Ausstand verhindert wurde. — Der Ausstand der Hülfсарbeiter in den Kürschnerreien Marxantstädts ist zu Gunsten der Arbeiter beendet. Die Arbeit ist in allen Fabriken wieder aufgenommen worden. — Die Lohnbewegung der Meister und Hülfсарbeiter in den mechanischen Webereien von Elberfeld-Barmen hat durch das Entgegenkommen der Fabrikanten bereits ihr Ende erreicht. Es ist nach der „Volksztg.“ eine beiderseits befriedigende Einigung zu Stande gekommen. — Die Tüncher und Maler von Mainz sind in den Streik eingetreten, nachdem ihre Forderung auf Gewährung eines Minimallohnes von 42 Pfg. pro Stunde abgelehnt wurde. Die Forderung beharrt auf einem Maximallohn von 40 Pfg. pro Stunde. — Die Sattler der Firma Gottlieb und Comp. in Offenbach a. M. reichten wegen Lohnunterschieden ihre Kündigung ein. — Die Steinarbeiter in München beabsichtigen ihre Lohnforderung durch einen Ausstand durchzusetzen, da die Unternehmer mit wenigen Ausnahmen sich ablehnend zu den Forderungen verhielten. — In Steiermark (Ungarn) begannen, der „Frei. Ztg.“ zufolge, die Lohnführer einen Streik und die übrigen Arbeiter drohen ebenfalls mit Ausstand. — Sonntag durchzogen, von einer starken Abtheilung Polizisten begleitet, 1500 ausländische Metallarbeiter in Antwerpen die Straßen mit Fahnen und Musik. Die Ausständigen haben sich an den Gouverneur der Provinz Antwerpen gewandt, um eine Vermittlung im Lohnstreik herbeizuführen.

Es war ein sehr schweres, einen Fuß langes, geripptes Messer.

„Laß die Einschnitte, Jantje, und zeige mir das Messer,“ sagte Jek.

Er gehorchte und legte es in ihre Hand.

„Mit diesem Messer könnte man einen Mann tödten, Jantje. Man könnte zum Beispiel Frank Müller damit tödten, nicht wahr?“ sagte sie und beugte sich plötzlich vorwärts und befestigte ihre dunkeln Augen fest auf die gelben Augäpfel des kleinen Mannes.

„Ja, ja,“ antwortete er zurückfahrend, „es würde ihn tödten. Ach, was wäre das für eine Wonne, ihn zu tödten!“ fügte er mit einem sonderbaren, halb lachenden, halb lachenden Tone hinzu.

„Er hat deinen Vater ermordet, Jantje.“

„Ja, ja, er hat meinen Vater ermordet,“ sagte Jantje.

„Er hat deine Mutter ermordet.“

„Ja, ja, er hat meine Mutter ermordet,“ sprach er ihr mit wachsender Wuth nach.

„Und deinen Onkel. Er hat auch deinen Onkel ermordet.“

„Auch meinen Onkel,“ fuhr er fort, wobei sich seine Stimme bis zu unterdrücktem Schreien erhob. „Aber er wird eines blutigen Todes sterben — die alte Engländerin seine Mutter, hat es gesagt, als der Teufel in ihr war, und die Teufel lügen nie. Ich habe Baas Franks Kreis im Staube mit meiner Behe gezogen, und ich sage die Worte, wie es mich ein alter Bauberdoctor gelehrt hat. Ich habe es schon einmal gethan: damals lag ein Stein im Wege, heut ist keiner da: sehen Sie, die Engländer treffen zusammen! Er stirbt in Blut; er wird bald sterben; ich verstehe den Kreis zu deuten,“ er knirschte mit den Zähnen und suchte mit seinen geballten Fäusten in der Luft herum.

„Ja, Du hast recht, Jantje,“ sagte sie und hielt ihn noch immer fest mit ihren dunkeln Augen. „Er wird eines

blutigen Todes sterben und noch in dieser Nacht, und Du wirst ihn tödten, Jantje.“

Der Hottentotte fuhr auf und erblaßte unter seiner gelben Haut.

„Wie?“ sagte er, „wie?“

„Neige Dich zu mir herüber, Jantje, und ich werde Dir sagen wie,“ und sie flüsterte ihm einige Minuten lang ins Ohr.

„Ja! ja! ja!“ rief er, als sie zu Ende war. „Oh, wie schön ist es, so klug zu sein wie die Weißen! Ich tödte ihn heute Nacht, und dann kann ich die Einkerbungen aus meinem Stoc heraus schneiden, und die Gespenster meiner Eltern und meines Onkels werden aufhören, im Dunkeln um mich herum zu heulen, wie sie es jetzt thun, wenn ich schlafe.“

Dreiunddreißigstes Kapitel.

Nach e.

Drei oder vier Minuten lang flüsterten sie zusammen, dann erhob sich der Hottentotte, um zu sehen, was bei den Buren unten vorging, und ob sich Frank Müller in sein Bett zurückgezogen habe. Sobald er dies bemerkt hatte, sollte er Jek davon benachrichtigen, und dann wollten sie über die letzten Schritte entscheiden.

Als er gegangen war, athmete Jek erleichtert auf. Es war eine anstrengende Aufgabe für sie gewesen, Jantjes Nachgedurst bis auf diesen Punkt zu reizen; nun aber war es geschehen und die That beschlossene Sache. Freilich, das Gede konnte Niemand absehen. Sie würde thatsächlich eine Mörderin sein, und sie fühlte, daß früher oder später diese Schuld sich rächen würde. Trotzdem spürte sie keine Gewissensbisse, denn Frank Müller würde nur einen wohlverdienten Lohn erhalten; aber deffenungeachtet war es entsetzlich, daß sie ihre Hände in Blut tauchen mußte, auch wenn es um Bessies willen geschah.

Aus Nah und Fern.

Kleine Chronik. Von wuthverdächtigen Kriegshunden gebissen wurden ein Leutnant, ein Oberjäger und ein Jäger von der 1. Kompagnie des in Ortelburg (Ostpreußen) garnisonirenden Jägerbataillons (Graf Nord von Wartenburg) Nr. 1. Die Patienten haben die Tollwuth-Schutzstation in Berlin aufgesucht. — Bei der bereits gemeldeten Pulverexplosion in Spandau ist ein Arbeiter mit knapper Noth dem Tode entgangen. Er befand sich wenige Minuten vor der Explosion in dem Gebäude, verließ dann aber dasselbe, ohne etwas Verdächtiges wahrgenommen zu haben. In kurzer Entfernung von dem Trodenschuppen war er Zeuge der Explosion. Der Luftdruck schleuderte ihn zu Boden; er erhob sich jedoch und flüchtete hinter den nächsten Schutzwall. Durch die Explosion sind sämtliche Wände des Schuppens eingedrückt worden und die eisernen Trodenschränke in Trümmer gegangen. Die festverschlossenen Thüren hatten sich selbst geöffnet. — Durch Kohlenoxydgas sind in der Ortschaft Babitz bei Leobischütz (Schlesien) am Sonnabend Frau und drei Kinder eines Gärtnerstellenbesizers erstickt. — In Lipine (Schlesien) ist eine Typhus-Epidemie ausgebrochen. 28 Personen erkrankten, von denen bisher eine gestorben ist. Von Verletzten wird angenommen, daß die Krankheit durch Milch übertragen sein dürfte, und durch Betasten von Fleisch und Waaren weiter verbreitet werden könnte. Die Sanitätskommission läßt die infizirten Häuser strengstens überwachen. — Die Revision, die der in dem Liegnitzer Gattenmordprozeß wegen Mordversuchs zu 5 Jahren Zuchthaus verurtheilte Marktwitz gegen

Das Urtheil eingelegt hatte, wurde vom Reichsgericht verurtheilt. — Das „Chemnitzer Tageblatt“ meldet: Dienstag Morgen ist in der Chemnitzer Papierfabrik in Giesfeld der Direktor Mönzner in ein Chlorbassin gestürzt, bei dem er Messungen vornahm. Er war sofort todt. — Der Fabrikarbeiter Oberwiesland in München-Glabach, welcher Attentate auf Frauen und Mädchen beging, indem er sie mit einem spitzen Instrument in den Unterleib stach, wurde zu 6 Jahren Zuchthaus verurtheilt. — Im Landgerichtsgebäude in Essen brach am Sonntag Feuer in einem Saale der Gerichtsschreiberei der Staatsanwaltschaft aus. Die im Zimmer vorhandenen Akten sind verbrannt. Der Feuerwehrgelung gelang es, nach zweistündiger Arbeit der weiteren Ausbreitung des Feuers Einhalt zu gebieten. — Ein Sittlichkeitsverbrechen wurde in Köln-Elberfeld an der dreieinhalbjährigen Tochter eines dortigen Arbeiters begangen und hat den Tod des Kindes herbeigeführt. Der Thäter ist der eigene Onkel des Mädchens. Er wurde verhaftet und ist geständig. — Der Thürmer der Stephanskirche in Mainz stürzte sich während eines Fieberanfalles von dem Kirchturm herab. Er wurde gänzlich zerschmettert und todt aufgefunden. — Nach vierwöchentlichen Aufwandsarbeiten wurden am Montag in Karlsruhe die Ueberreste der dritten beim Landauerischen Waarenhausbrand verunglückten Verkäuferin aufgefunden. — Daimler, der Erfinder der Motorwagen, ist am Dienstag in Cannstadt gestorben. — In einer Gemeinde des württembergischen Oberamts Badnang, Lippoldswiler, ist eine räthselhafte Krankheit aufgetreten, an der 22 Personen erkrankten, von denen sechs bereits starben. Die Krankheit tritt mit einem Bläschenausschlag auf und verläuft ungemein rasch. Es scheint sich um eine Darminfektion zu handeln. Das Medizinalkollegium hat sich mit der Angelegenheit bereits beschäftigt. — Die Eisensteingrube Falkenstein bei Aumenaun ist durch Hochwasser der Lahn todt eröffnet. 80 Arbeiter sind verdienstlos. — Man schreibt dem „Pester Lloyd“ aus Temesvar: Unlängst ist hier der Hauptmann im Ruhestande Josef Gröber todt in seinem Bette aufgefunden worden. Als Todesursache wurde „Entkräftung in Folge ungenügender Ernährung“ konstatiert. Der unglückliche Offizier war nach zwanzigjähriger Dienstleistung mit 33 fl. monatlich pensionirt worden. In seiner Verlassenschaft fand sich nicht einmal Leinwand vor. — Ein entsetzliches Verbrechen wurde am Sonntag Morgen, wie man aus Paris berichtet, in einem kleinen Hotel des Vorortes Bezou begangen. Gegen 4 Uhr Morgens sahen Passanten aus dem Hotel Flammen emporsteigen; das Feuer konnte von der sofort gerufenen Feuerwehr lokalirt werden, doch war das Leinwandgeschloß, dem das Hotel gehörte, nicht zu finden. Einem Feuerwehrmann gelang es schließlich, in die Wohnung der Eheleute zu bringen, wo er Beide blutüberströmt, das Haupt vom Rumpfe getrennt und in halbverföhlem Zustand auffand. Als der Thätige dringend verdächtig wurde ein 31jähriger Bewohner des Hotels „Nedelec“ verhaftet. Die Beamtin hatte viele Mühe, den Mörder auf dem Wege zum Gefängniß vor der Wuth der empörten Menge zu schützen. — In San Carlos bei Cadix (Spanien) drang ein Stier, der zur Arena geführt wurde, in die Ortschaft ein, rannte viele Personen um, verwundete schwer einen Soldaten, einen Wasserträger und ein kleines Mädchen, dazu leicht fünf weitere Personen, stürzte sodann in einen Garten, verwundete dort den Besitzer und stieß einem Knecht, der seinem Herrn Hilfe bringen wollte, ein Horn durch die Brust, wobei dieser auf der Stelle getödtet wurde. Der Stier rannte hierauf dem Bahnhof zu, verwundete dort drei Dreifelhfer und wurde schließlich von Gendarmen erschossen. — Bei einem Erdbeben in Distrikt Djangpangwetan (Sundainseln), Regentchaft Preanger, sind fünfzig Menschen verunglückt. Dreißig werden vermißt. — In Sydney ist Dienstag der vierte Todesfall in Folge von Pest vorgekommen.

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse.
Ein Lehrer der Gemeinde Bismarck wurde vom Landgericht Freiberg wegen Majestätsbeleidigung zu zwei Monaten Festungshaft verurtheilt. Der Lehrer ist von der gesamten Gemeinde als sehr humaner Mann und vortrefflicher Lehrer geliebt und geschätzt. Jrgend ein elender Denunziant hat eine vielleicht harmlos gemeinte unbedachte Aeußerung des Verurtheilten dazu benutzt, den Mann auf solch traurige Weise zu schädigen. Der Gerichtshof schien eine milde Auffassung über den Fall zu haben, da er auf Festungshaft erkannte. Was mag der Denunziant für ein Kuriosum sein?

Eine Räuberbande vor Gericht. An die Thaten der Räuberhauptleute Schinderhannes, Carrouche u. s. w. er-

war Müller ermordet, so würde, vorausgesetzt, daß John den Buren entkam, Bestie ihn heirathen und glücklich werden, aber was würde aus ihr werden? Ihrer Liebe beraubt und dies Verbrechen auf der Seele — was blieb ihr andres übrig, als zu sterben? Es war am besten, zu sterben und ihn niemals wiederzusehen, denn ihr Schmerz und ihre Schande waren mehr, als sie ertragen konnte. Und dann begann sie, an John zu denken, bis ihr armes Herz zu brechen drohte. Bestie konnte ihn niemals lieben, wie sie ihn liebte, dessen war sie gewiß, und doch sollte Bestie ihn besitzen, und sie — sie mußte gehen, es blieb ihr nichts andres übrig. War aber die That vollbracht, Bestie befreit und sie verurtheilt, so würde sie doch ehrenhaft gehandelt haben. So sah sie da und schlug die Hände vor ihr Gesicht, das wie Feuer brannte, obgleich sie bis auf die Haut nag war und unter dem durchdringenden Nachttau irrte. Ein heftiges körperliches und geistiges Fieber hatte sie infolge der Gemüthsbewegung, des Hungers und der Uebeln der Witterung, denen sie ständig angesetzt gewesen, befallen. Aber ihr Geist war klar, so klar, wie er früher nie gewesen; jeder Gedanke gewann feste Umrisse und verschwamm nicht mit anderen Gedanken, wie dies sonst leicht zu gehen pflegt. Es war ihr, als lähe sie sich selbst allein — ganz allein, allein für immer und ewig — fortzuwandern, während John und Bestie Hand in Hand ihr aus der Ferne trauernd nachblickten. Da es denn doch so sein mußte, wollte sie ihm schreiben, ihm noch ein Wort des Lebensworts sagen — ohne dies vermochte sie nicht zu scheiden. Sie hatte einen Bleistift und den Burenpapier, und dessen Rückseite, so voll Wasserflecken sie auch war, sollte ihrer Abicht dienen, sie zog das Papier hervor und legte es, gegen das Licht gewandt, auf ihr Knie.

innerte die Verhandlung, die am Montag das Schwurgericht des Kgl. Landgerichts Berlin II beschäftigte. In unmittelbarer Nähe der deutschen Reichshauptstadt liegt, auf der einen Seite von den Wellen des Müggelsees umspült, auf der anderen Seite von einem Waldesdickicht eingeschlossen, dem Geräusch der Wellen vollständig entrückt, das Gasthaus „Zum Rübezah!“ In der Nacht zum 20. September 1899, als die Bewohner des „Rübezah!“ längst in Morpheus' Armen lagen, wurde plötzlich heftig an Thür und Fenster geklopft. Der „Rübezah!“-Wirth, Gastwirth Gieseler, öffnete, halb angekleidet, das Fenster und fragte, wer da sei. In demselben Augenblick ertönten Revolvergeschüsse, und einige Kugeln sausten an dem Kopfe des Gastwirths vorbei. Der Gastwirth sah mehrere verummunte bis an die Zähne bewaffnete Gestalten vor sich stehen. Auf seine Frage, was diese unheimlichen Gäste in so später Nachtstunde begehren, wurde ihm entgegengerufen: „Rübezah!, wir verlangen Geld oder Blut.“ Als Gieseler drohte, auch von seiner Schußwaffe Gebrauch zu machen, wurde ihm entgegengerufen: „Ergebt Euch! Entweder Ihr bleibt drinnen liegen oder wir draußen. Ihr seid nur zwei, wir mehrere.“ Da die Räuber von neuem ihre Schußwaffen in Bewegung setzten, reichte ihnen Gieseler 20 Mk. hinaus. Die Räuber verlangten aber das ganze Geld, mindestens 150 Mk. in Gold. Gieseler reichte schließlich 150 Mk. in Gold den Räubern zum Fenster hinaus. Damit gaben sich aber die letzteren noch nicht zufrieden. Sie verlangten auch das gesamte Silber- und Nickelgeld, ferner eine Flasche Rum, eine Kiste Zigarren und endlich eine Anzahl belegte Stullen. Da die Räuber alles niederzuschleifen drohten, wenn ihrem Verlangen nicht entsprochen werde, so wurde ihnen das Verlangen verabsagt. Frau Gieseler war aufgestanden, um den Räubern die verlangten Stullen zurechtzumachen. Die Räuber waren inzwischen in die Küche gedrungen. Einer der Unholde hielt der Frau Gieseler den Revolver vor die Brust und rief ihr zu: „Kannst, sieh mich nicht so an, sonst schief ich Dich gleich über den Haufen.“ Als die Räuber die Stullen erhalten hatten, rief einer dieser Unholden: „Alle, Du hast Gift auf die Stullen gestreut. Wenn einer von uns stirbt, so bist Du morgen auch eine Leiche.“ Allein auch jetzt waren die Räuber noch nicht zufriedengestellt. Herr Gieseler war genöthigt, den Räubern sein Boot und Räuber zur Verfügung zu stellen, damit sie per Wasser ihren Weg fortsetzen konnten. Die Räuber fuhren in dem Boot nach Grünau und erbrachen dort zunächst einige Verkaufsbuden. Durch den dadurch verursachten Lärm kam der Nachtwächter herbeigelaufen. Als die Räuber diesen Hüter des Geschehes haben sahen, schossen sie auf den Mann und verletzten ihn an der Hand. Noch ehe der Nachtwächter Hilfe herbeizurufen vermochte, hatten die Räuber die Buden geplündert und die Flucht ergriffen. In den folgenden Nächten überfielen die Räuber in ähnlicher Weise wie den „Rübezah!“-Wirth den ebenfalls in Waldeseinsamkeit liegenden Gasthof Haupe bei Grünau und das Gasthaus „Zum Wendenschloß“ bei Köpenick. Endlich gelang es, die modernen Schinderhannesse in den Personen der „Arbeiter“ Rütting, Pfeiffer, Fesinger und Neuber dingfest zu machen. Der Anführer der Bande, Rütting, ist am 27. März 1880, Pfeiffer am 7. Oktober 1876 und Neuber am 25. Januar 1879 zu Berlin geboren. Fesinger ist am 24. November 1876 zu Alt-Landenberg, Kreis Niederbarnim, geboren. Sie sind sämmtlich evangelischer Konfession und mit Ausnahme von Neuber, der noch unbestraft ist, wegen einfachen und schweren Diebstahls, theils auch wegen vorräthiger Körperverletzung mit Gefängniß und Zuchthaus bestraft. Sie hatten sich nun wegen schwerer Raubes, schwerer Erpressung u. s. w. vor eingangs bezeichnetem Gerichtshof zu verantworten. Es waren einige 30 Zeugen geladen. Das Urtheil wurde in später Abendstunde gesprochen. Drei Angeklagte wurden zu je 15 Jahren Zuchthaus, einer (Neuber) zu 6 Jahren Gefängniß verurtheilt.

Die Telegraphendrahtdiebe vor Gericht. „Krüger und Genowien“ betrat die Strafsache, deren Verhandlung am Montag vor der Strafkammer des Landgerichts II in Berlin beendet wurde. Der erste Angeklagte, Steinträger Emil Krüger und noch sieben Angeklagte gehörten zu der Diebesbande, die seit einiger Zeit es sich zur Aufgabe gemacht hatten, in der Umgegend von Berlin die Kupferdrähte der Telegraphenleitungen zu stehlen. Solche Diebstähle kamen seit dem Jahre 1898 an den verschiedensten Stellen der Umgegend von Berlin häufig vor. In der Regel holten die Diebe die werthvollen Bronze- und Kupferdrähte unmittelbar von den Stangen, die sie mittelst besonderer Steigschuhe erklimmen, herunter, indem sie die Drähte mit einer Aneißzange oder einer Feile abtrennten und

„Lebe wohl“, schrieb sie, „lebe wohl! Wir dürfen uns in dieser Welt nicht wiedersehen, und es ist auch besser so — ob es eine andere Welt giebt, weiß ich nicht. Giebt es eine, so werde ich dort Deiner harren, und sollte ich zehntausend Jahre warten müssen; wenn nicht, so lebe wohl für ewig! Denke manchmal an mich zurück, denn ich habe Dich heiß geliebt, so heiß wie Dich Niemand wieder lieben wird, und solange ich lebe, sei es in dieser oder in jener Welt, und wo ich bin, werde ich Dich und nur Dich allein lieben. Vergiß meiner nicht — solange ich nicht vergessen bin, werde ich nicht todt sein. — 3.“

Sie nahm das Papier auf, legte es aber gleich wieder nieder und begann nun rasch, und beinahe ohne etwas zu verbessern, Verse zu schreiben; es war dies eine alte Gewohnheit von ihr, die sich nun halb unbewußt und unwillkürlich geltend machte:

„Wenn eine Hand, die dir zum Schein gereicht,
Und sojand keine Stirne einst berührt,
Du trennst in des Lebens Nacht entweicht,
Das Ideal zerfällt, das einst dein Herz gereicht,
Denn bleibe mein —“

Als sie so weit gekommen, hielt sie unbefriedigt inne, fuhr mit dem Bleistift durch die Strophen und begann auf's Neue:

„Und mich ich sterbend heute dich verlassen,
So wirst du liebend mir ins Antlitz blicken,
Mit weissen Blumen mir die Locken schmücken,
Die kalte Wange küßend mich umfassen,
Bergweiselnd wirst du mir die Hände halten,
Die armen Hände hier, die letzten, letzten!“

Und mich ich sterbend heute dich verlassen,
So wirst du liebend mich zurück dir rufen,

mitnahmen. Die Diebstähle hörten auch nicht auf, obwohl in zwei Fällen der Spießbube das Wagniß, die elektrischen Drähte abzuschneiden, mit dem Tode hatte bezahlen müssen. Dieses Schicksal ereilte einen gewissen Nelson bei Tempelhof; er wurde während der „Arbeit“ vom elektrischen Strome erfaßt und getödtet. Ebenso erging es einem der Diebe, einem gewissen Pahl, am 12. Dezember 1898 bei Adlershof. Dieser hatte am genannten Tage den Mast der Drahtleitung der elektrischen Werke an der Landstraße zwischen Grünau und Adlershof erklettert. Bei den Versuchen, den Draht von den Isolatoren abzukneifen, schrie er plötzlich auf: „Ich krenne!“ seine Hände krampften sich zusammen, er fiel rücklings auf die Drähte und dann schlugen die Flammen an seinem Körper empor und er kam elend zu Tode. Trotz dieser Ereignisse hörten die Diebstähle nicht auf; es sind viele Centner Draht gestohlen und fast stets von den Dieben mittelst mitgebrachter Wagen von den Orten der That weggeschafft worden. Der Polizei wollte es lange Zeit nicht gelingen einen Fehler zu entdecken, endlich glaubte sie feststellen zu können, daß ein größeres Metallwaarengeschäft Abnehmer des gestohlenen Gutes sein müsse, und es wurde der Inhaber eines Produkten-Engros-Geschäftes und dessen Sohn beschuldigt, den Mittelpunkt der Hehlerei gebildet zu haben. Außer diesen Beiden standen noch eine Händlerin und zwei Metallhändler unter der Anklage der Hehlerei. Die Diebe waren zum Theil geständig, die der Hehlerei Beschuldigten bestritten ihre Schuld. Das gefällte Urtheil ging dahin, daß die Arbeiter Krüger und Emil Schmidt zu je vier Jahren Zuchthaus, fünf Jahren Ehrverlust und Polizeiaufsicht, der Antscher Ghrsdorf, der die gestohlenen Kupferdrähte von den Thatorten weggeschafft hat, zu drei Jahren Gefängniß und fünf Jahren Ehrverlust, ein Angeklagter zu neun Monaten, drei andere zu je sechs Monaten Gefängniß verurtheilt wurden. Die sechs der Hehlerei angeklagten Händler wurden sämmtlich freigesprochen.

Freithof Maufen erklärte einem Interviewer, daß er es jetzt für ausgeschlossen halte, daß Andre und seine Gefährten noch am Leben seien. Bis her hätte er immer noch gehofft, aber jetzt hoffe er nicht mehr.

Ein Brief, der 25 Jahre unterwegs war, ist jetzt glücklich bei den Nachkommen des Abwesenden angelangt. Der Brief war an „Sig. Ambrosio Locatelli-Asola (provincia di Mantova)“ gerichtet und trägt auf der Marke, welche noch Victor Emanuel darstellt, den Stempel: „Mailand, Bahnpost, 27. Juni 75“, ein Ankunftsstempel zeigt: „Genua, 15. Febr. 00“, ein zweiter „Quinzano d'Oglio, 22. Febr. 00“. Der Brief wurde, wie es scheint, damals auf der Bahnpost verlegt und heute nach 25 Jahren wiedergefunden. Da Ambrosio Locatelli nicht mehr lebt, wurde das Schreiben dem Sohne des Adressaten übergeben.

Der große Eisbrecher auf dem Baikalsee in Sibirien hat am 10. Februar eine Versuchsfahrt von Listwennitschnoje nach Perejatschnoje und zurück durch Eis von über 2 1/2 Fuß Dicke glücklich überstanden. Die gesammte Strecke hat eine Länge von etwa 130 Kilometer und wurde in 12 Stunden zurückgelegt. Die Ingenieure waren von dem Erfolge durchaus befriedigt und die mächtigen Maschinen des Schiffes sollen sich stark genug erwiesen haben, um den See selbst bei der strengsten Kälte für den Schiffsverkehr aufrecht zu erhalten.

Dreifacher Kindesmord aus religiösem Wahnsinn. Ein Fall religiösen Wahnsinns, der an die Vorgänge in Appellern erinnert, wird aus Piemont berichtet. In der Nähe der Stadt ermordete der der Sekte der Stundisten angehörende Bauer Avramtschenko im Heim seiner Frau und ältesten Tochter seine drei jüngeren Kinder. Als der Bruder Avramtschenkos, herbeigeloct durch schreckliches Kinderschrei, das Gehöft des Bruders betrat, bot sich seinen Blicken ein graufiges Bild dar. Der völlig nackte U. würgte seinen 17jährigen Sohn, der sich verzweifelt wehrte; auf der Erde lagen die beiden leblosen Körper seiner beiden kleinen Kinder und der Kadaver eines Hundes. In einiger Entfernung knieten Mutter und Tochter, gleichfalls völlig entblößt, im Schnee, Gebete und Psalmen murmelnd. Auf die Frage des Bruders, was er thue, antwortete U., daß er gleich Jaak Gott seine Kinder geopfert habe und jetzt auch mit ihm, dem Bruder, dasselbe zu thun gedente. Hierauf warf er sich mit seinem Messer auf den Bruder, dem es jedoch gelang, den Wahnsinnigen zu überwältigen. U., sowie seine Frau und Tochter wurden mit Zulassung von Polizeisten sodann in das städtische Irrenhaus übergeführt.

Was diese Hände einst an Glück dir schufen,
Jedwedes Wort, mein Leben und mein Hassen,
Den Stolz und was ich einst geliebt im Leben,
Wirk' liebevoll du heute mir vergeben!

Es naht der Tod, ich sehe schon sein Winken;
In Nebel hüllen sich des Schicksals Sterne,
Den ersten Ruf vernehm' ich aus der Ferne:
Lied alles seh' ich schon in Nacht verfluten
Ist mir ein traumlos Haben uns belügend,
Stöbt auch die Liebe nimmer meinen Frieden!

Sie hielt inne, offenbar mehr, weil ihr das Papier ausgegangen war, als aus einem andern Grund, und ohne es auch nur noch einmal zu überlesen, schob sie das Blatt Papier in ihren Busen und war bald in tiefe Gedanken versunken

Zehn Minuten später kam Jantje wie eine Schlange in Menschengestalt hereingetrochen; Regentropfen glänzten auf seinem gelben Gesicht.

„Nun“, flüsterte Jantje auffahrend, „hast du es gethan?“
„Nein, Missie, nein. Baas Frank ist erst jetzt in sein Bett gegangen, und er hat mit dem Geistlichen gesprochen, etwas über Missie Bestie, aber ich weiß nicht was. Ich war ganz nahe, aber er sprach so leise, daß ich nur den Namen verstehen konnte.“

„Sind die Buren alle schlafen gegangen?“
„Alle, Missie, bis auf die Schildwachen.“
„Steht eine Wache vor Baas Franks Bett?“
„Nein, Missie, es ist Niemand in der Nähe.“
„Wieviel Uhr ist es, Jantje?“
„Drei und ein halb Uhr nach Sonnenuntergang (halb elf Uhr).“

(Fortsetzung folgt.)